

## Zentralasien als Auswanderungsregion

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1997). *Zentralasien als Auswanderungsregion*. (Berichte / BIÖst, 44-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43219>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1 Wachsende internationale Aufmerksamkeit .....	5
1.1 Probleme der Datenpräsentation und der Forschungslage.....	7
1.2 Süd-Nord-Wanderung als Hauptstrom der Migration .....	9
2 Zentralasien als Auswanderungsregion .....	9
2.1 Migrationsgeschichtliche Hintergründe.....	12
2.2 Intellektuelles Potential und Migrationsprozesse .....	14
2.3 Migrationsmotivation.....	16
2.3.1 Angst vor Konflikten .....	18
2.3.2 Sprachenpolitik, Sprachbarrieren.....	18
2.3.3 "Ethnische Diskriminierung", "Alltagsnationalismus" .....	20
2.3.4 Trennung von Rußland, Angst vor Isolation, Problem der Staatsbürgerschaft.....	20
2.3.5 Sinkende politische Repräsentanz .....	21
2.3.6 Beschäftigungssituation und wirtschaftliche Entwicklung.....	22
3 Die Migrationssituation in den einzelnen Staaten .....	22
3.1 Kasachstan .....	22
3.1.1 Richtungen und Tendenzen der Migration .....	23
3.1.2 Die Auswanderung der Deutschen.....	24
3.1.3 Einzelne Migrationsmotive.....	25
3.2 Kirgistan.....	29
3.3 Usbekistan.....	32
3.4 Turkmenistan .....	35
3.5 Tadschikistan .....	37
Summary .....	41

25. September 1997



**Uwe Halbach**

## **Zentralasien als Auswanderungsregion**

Bericht des BIOst Nr. 44/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

1996 zogen Bevölkerungsbewegungen innerhalb des GUS-Raums stärker als zuvor weltweite Aufmerksamkeit auf sich, obwohl einige von ihnen ihren Zenit bereits überschritten hatten. Besonders die bis dahin größte internationale Konferenz über Flucht und Migration in der GUS, die im Mai 1996 in Genf abgehalten wurde, machte grundlegende Zahlen in bezug auf unterschiedliche Kategorien von Migration und Migranten publik. Während die Migration vom Territorium der zerfallenen UdSSR nach Mittel- und Westeuropa hinter den anfangs prognostizierten Zahlen zurückblieb, zeichneten sich hinter den Daten für Migrationen *innerhalb* der GUS Bevölkerungsbewegungen von historischer Dimension ab. Allerdings bleiben alle diesbezüglichen Daten aufgrund unsicherer Quellenbasis, nicht klar definierter Terminologie und lückenhafter Registrierung von Flüchtlingen und Migranten fragwürdig. Insgesamt neun Millionen Menschen haben sich nach den Materialgrundlagen der Genfer Konferenz innerhalb der GUS in den neunziger Jahren unfreiwillig auf Wanderschaft – größtenteils über die neuen Staatsgrenzen hinweg – begeben. Der stärkste Migrationsstrom ist eine Süd-Nord-Wanderung, die zwei Großregionen der ehemaligen UdSSR in den Vordergrund rückt – die zentralasiatische und die kaukasische – und die Rußland zum Hauptempfänger der Bevölkerungsbewegungen macht. Im vorliegenden Bericht werden die Hintergründe für Migration in und aus Zentralasien dargelegt, in einem späteren Bericht wird der Kaukasus als Flucht- und Migrationszone behandelt. Als Quellen fungieren neben den Ergebnissen der Genfer Konferenz Migrationsanalysen und demoskopische Untersuchungen der letzten Jahre. Leider besteht ein Mangel an Untersuchungen aus den zentralasiatischen Staaten selber, so daß die Behandlung des Themas etwas einseitig von russischen Quellen bestimmt wird.

#### *Ergebnisse*

1. Einen der stärksten Migrationsströme innerhalb der GUS bildet die Auswanderung der sogenannten "Russischsprachigen" aus Zentralasien. Seine Wurzeln gehen bis in die siebziger Jahre zurück. Mit Ausnahme der Flucht aus dem Bürgerkriegsland Tadschikistan handelt es sich hierbei um langfristige Migrationen unter relativ "friedlichen" Umständen, auch wenn sich unter den sozioökonomischen und ethnopolitischen Bedingungen nach dem Zerfall der Sowjetunion die Emigrationsraten deutlich erhöht haben. Mit diesem Charakter seiner Migrationsprozesse unterscheidet sich Zentralasien vom Kaukasus. Während

in den zentralasiatischen Staaten die verstärkte Emigration primär auf wirtschaftliche Faktoren und die sozioökonomischen Krisen der Transformationsperiode zurückgeführt wird, machen russische Quellen eher ethnopolitische Zwänge für den Exodus der Russen und "Russischsprachigen" verantwortlich. Freilich beschränken sich Bevölkerungsbewegungen in Zentralasien nicht nur auf diesen Migrationsstrom. Sie schließen (schlecht dokumentierte) Land-Stadt-Wanderungen und andere Migrationen unter der "autochthonen" Bevölkerung mit ein.

2. Untersuchungen zur Auswanderungsmotivation bei "Russischsprachigen" in Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan, die 1994-1995 im Auftrag des rußländischen Migrationsdiensts durchgeführt wurden, gaben teils gemeinsame, teils von Land zu Land unterschiedlich gewichtete Gründe für Migration zu erkennen. Überwog die Angst vor interethnischen Konflikten vor allem zu Beginn der neunziger Jahre, traten später andere Faktoren in den Vordergrund. Der in Kasachstan und Mittelasien besonders niedrige Grad der (linguistischen und sozialen) Integration der "Russischsprachigen" in das Milieu der jeweiligen "Titularnation" und die mangelnde Anpassung an die "autochthone" Kultur lieferten den Hintergrund für das wachsende Gefühl von Marginalisierung und Entfremdung und einer geopolitischen Trennung von Rußland nach dem Entfall der transnationalen (oder imperialen) sowjetischen Staatlichkeit. In diesem emotionalen Kontext wurden sprachpolitische Regelungen und die Frage doppelter Staatsbürgerschaft zu migrationsrelevanten ethnopolitischen Problemen. Migrationspolitische Weichenstellungen und nachträgliche Korrekturen wie ein Migrationsdekret des kirgisischen Präsidenten Akaev vom Sommer 1994 betrafen solche Handlungsfelder. Eine angebliche "ethnische Diskriminierung" auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die sinkende politische Repräsentanz der "nichttitularen Bevölkerungsteile" in den lokalen und Republikparlamenten und die alle Bevölkerungsteile betreffenden Zwänge und Kosten der Wirtschaftstransformation trugen zur Auswanderungsentcheidung bei.
3. *Kasachstan* ragte in der Migrationsprognostik aufgrund seiner ethnischen Bevölkerungsproportionen, seines hohen Anteils an "russischsprachiger" Bevölkerung und seiner bewegten Migrationsgeschichte in sowjetischer Zeit besonders hervor. Die russische Bevölkerung hat sich bis 1994, als der Höhepunkt der russischen Emigration aus Kasachstan erreicht wurde, insgesamt nur geringfügig verringert, während die deutsche Minderheit in den neunziger Jahren um mehr als zwei Drittel ihrer Bevölkerungsgröße abgenommen hat. Die starke geographische Konzentration der Russen und "Russischsprachigen" im Nordteil des Landes legt Alternativen zur Auswanderung nahe. In *Kirgistan* legte die Regierung mit ethnopolitischen Korrekturen im Sommer 1994 offenbar eine Migrationszäsur. Die zuvor dramatisch verstärkte Emigration wurde deutlich reduziert. Aus den Kerngebieten Mittelasiens ist langfristig eine weitgehende Auswanderung der "Russischsprachigen" zu erwarten. In *Usbekistan*, *Turkmenistan* und *Tadschikistan* ist der Anteil der nichtautochthonen Bevölkerung nämlich wesentlich niedriger als in den beiden vorhergenannten Ländern, um so deutlicher tritt die Perspektive ihrer kulturellen, politischen und sozialen Marginalisierung hervor.

## 1. Wachsende internationale Aufmerksamkeit

Während man auf der sechsten Migrationskonferenz des Europarats im Juni 1996 in Warschau feststellte, daß Flüchtlingsströme aus der GUS nach Mittel- und Westeuropa bislang hinter den prognostizierten Größenvorstellungen zurückstanden und das vorher angenommene Ausmaß der Migration aus dem früheren Ostblock auf ungenauen Umfragen basierte<sup>1</sup>, hatte die kurz zuvor in Genf abgehaltene, bislang größte internationale Konferenz zur Migration in der GUS Bevölkerungsbewegungen von "einzigartiger Komplexität" und historischen Ausmaßen *innerhalb* des exsowjetischen Raums konstatiert. Auch in einem von der NATO im September 1996 in Warschau organisierten Seminar über die Einwirkung von Migration und Flüchtlingsbewegungen auf die sozioökonomische Situation und Sicherheit von Staaten kam die Situation in der GUS besonders zur Sprache.<sup>2</sup>

Es war vor allem die sogenannte "Genfer GUS-Konferenz", die Migration im exsowjetischen Raum zu einem internationalen Thema machte. Ende Mai 1996 wurde in Genf eine internationale Konferenz über Wanderungen und Fluchtbewegungen in der GUS<sup>3</sup> durchgeführt, an der Vertreter von 77 Regierungen, 27 internationalen Organisationen und 71 NGOs teilnahmen. Die Organisatoren waren die *Internationale Organisation für Migration (IOM)*, der *Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)* und die *OSZE*. Die Konferenz ging auf einen Antrag der damals unter dem Vorsitz Rußlands stehenden UN-Vollversammlung an den Hohen Flüchtlingskommissar im Dezember 1993 (Resolution 49/173) zurück. Der Konferenz ging eine umfassende Datenerhebung voraus. Man einigte sich auf einige Kernthemen wie:

- die definitorische Unterscheidung von Bevölkerungsbewegungen im GUS-Raum;
- Strategien zur besseren Bewältigung von Migrationsströmen (Ausbau des Rechtsschutzes, Frühwarnsysteme, Krisenprophylaxe, Informationsaustausch, Umgang mit Minderheiten);
- Harmonisierung der Strategien auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene;
- Struktur zur Überprüfung der gemeinsam beschlossenen Strategien.

Es wurden Vorbereitungsseminare in Hauptstädten von GUS-Staaten durchgeführt. "Das Ziel war eine einheitliche Sicht der Probleme mit einem gemeinsamen Wortschatz zur Beschreibung dieser Phänomene, die Vermeidung politisch befrachteter Terminologie und die Einhaltung bestehender internationaler Normen."<sup>4</sup> Dies war ein wichtiges Anliegen angesichts di-

---

<sup>1</sup> Süddeutsche Zeitung, 18.6.1996. Zur Verminderung der Auswanderung aus der GUS siehe auch Segodnja, 9.9.1997, S. 4.

<sup>2</sup> NACC Seminar in Poland on "Economic Aspects of the Impact of Migrations und Refugees on State Security", Warsaw, 16-17 September 1996.

<sup>3</sup> Die vollständige Bezeichnung lautet: Conference to adress the problems of refugees, displaced persons, other forms of involuntary displacement and returnees in the countries of the Commonwealth of Independent States and relevant neighbouring States, held in Geneva on May 30th and 31st 1996. Die Veranstalter veröffentlichten eine Broschüre unter dem Kurztitel "GUS-Konferenz", die hier als Quelle dient.

<sup>4</sup> GUS-Konferenz, S. 18.

vergierender Behandlungen des Migrationsthemas, das sowohl in Rußland als auch zum Beispiel in den zentralasiatischen Ländern einen neuralgischen Punkt der öffentlichen Meinung trifft und Gefahr läuft, mit nationalen Emotionen und politischen Intentionen befrachtet zu werden. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß es innerhalb der GUS zu sehr großen und komplexen Bevölkerungsbewegungen gekommen ist. Allerdings erschien eine in den Medien zitierte Schlußfolgerung, hier handele es sich um die größte Bevölkerungswanderung in einer Region seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs angesichts der Migrationen in Asien und Afrika nach 1945 – allein infolge der Aufteilung Britisch-Indiens migrierten etwa 12 Mio. Menschen – als übertrieben. Seit 1989 haben nach den Materialien der Konferenz in der ehemaligen Sowjetunion *neun Millionen Menschen* ihren angestammten Wohnort verlassen, wobei hier angeblich nur *unfreiwillige Migration* berücksichtigt ist. In diesem Kriterium der Unfreiwilligkeit liegt allerdings ein definitorisches Problem der Migrationsforschung in bezug auf die GUS. In einigen russischen Quellen fällt quasi die gesamte Auswanderung der sogenannten "Russischsprachigen"<sup>5</sup> aus Zentralasien und anderen Teilen der GUS in diese Kategorie, womit der Eindruck einer gewaltsamen Verdrängung erzeugt wird; folgt man Angaben aus den Auswanderungsländern, ist die Grenze zwischen erzwungener und aus mannigfachen Gründen angestrebter Auswanderung fließend.

Die Genfer GUS-Konferenz präsentierte einige Zahlen zu tatsächlichen und potentiellen Bevölkerungsbewegungen im Osten Europas. Dazu gehören folgende Angaben:

- Zwischen 54 und 65 Mio. Menschen lebten beim Zerfall der Sowjetunion außerhalb der Gebietseinheit ihrer Nationalität in anderen Teilen des Vielvölkerimperiums und wurden – so zumindest nach der in Rußland geläufigen Interpretation – mit der Auflösung des übergeordneten Unionsstaats schlagartig zu "Ausländern". Darunter befinden sich 34 Mio. Slawen (Russen, Ukrainer, Weißrussen u.a.). Nach anderen Angaben gehören zu dieser Kategorie allein 36 Mio. "Rußländer", d.h. Russen und Angehörige von Nationalitäten wie Tataren u.a., die in der Russischen Föderation ihre nationale Gebietseinheit haben), davon 25 Mio. ethnische Russen.
- 3,6 Mio. Personen wurden durch interethnische und politische Gewalt in Mitleidenschaft gezogen und migrierten aus elementaren Sicherheitsgründen;
- nahezu 3,3 Mio. Personen kehrten innerhalb der ehemaligen Sowjetunion in ihr jeweiliges "ethnisches Mutterland" zurück;
- nahezu 1,2 Mio. Personen fallen in die Kategorie der ehemals deportierten, später nicht oder nicht vollständig repatriierten Völker, die heute teilweise in ihre historische Heimat zurückkehren. Hierunter fällt die Emigration von Deutschen, Krimtataren und Mes'cheten aus Kasachstan und Mittelasien.

---

<sup>5</sup> In diese Bevölkerungskategorie werden die Angehörigen verschiedener Nationalitäten und Minderheiten in den nichtrussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion einbezogen, die in sowjetischen Volkszählungen (zuletzt 1989) Russisch als ihre Muttersprache oder "erste Sprache" angegeben haben. In Zentralasien gehören neben den ethnischen Russen dazu zumeist Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Juden, Tataren, Krimtataren und Vertreter anderer, "zugewanderter" Nationalitäten. Zur politischen Problematik dieser Kategorie siehe unten.

689.000 Personen werden als "Umweltmigranten" bezeichnet. Sie kommen überwiegend aus den Kontaminationszonen der Tschernobyl-Havarie und dem ökologischen Katastrophengebiet um den Aral-See.

Der Tenor der Konferenz lag auf dem Potential für weitere Migration und dem davon bestimmten Handlungsbedarf für eine systematische Migrationspolitik. Den Schlußpunkt setzte ein Aktionsprogramm.<sup>6</sup> Die Teilnehmerstaaten der GUS verpflichteten sich – allerdings rechtlich unverbindlich – zur Einhaltung und Umsetzung internationaler Vertragswerke in bezug auf Flüchtlings- und Minderheitenschutz. Durch Frühwarnsysteme und vertrauensbildende Maßnahmen sollte in Kooperation zwischen ihnen und unter Einschluß von Drittstaaten Spannungen vorgebeugt werden, die zum Auslöser für Migration und Flucht werden können. Solch hochgesteckte Ziele wurden schon unmittelbar nach der Konferenz skeptisch kommentiert. Ein Jahr später ist die Bilanz über die Umsetzung des Aktionsprogramms in bezug auf die Finanzierung der von ihm vorgesehenen Projekte ernüchternd.<sup>7</sup>

### *1.1 Probleme der Datenpräsentation und der Forschungslage*

Migrationsdaten in der GUS sind noch problematischer als andere Daten über nachsowjetische Realitäten. So differieren die Angaben über die Auswanderung aus GUS-Staaten nach Rußland in russischen und in den Quellen der Auswanderungsländer. Es gibt Rückwanderungen von Migranten in die Länder, aus denen sie ausgewandert sind, über die keine verlässlichen Zahlenangaben vorliegen. Die statistischen und organisatorischen Instrumentarien für die Erfassung unterschiedlicher Kategorien von Migranten sind unterentwickelt. Von angeblich drei Mio. Einwanderern aus ehemaligen Sowjetrepubliken nach Rußland zwischen 1993 und 1996 wurde dort nur ein Drittel offiziell registriert.<sup>8</sup>

Die Fragwürdigkeit der Daten hat teils mit unklaren und fluktuierenden Definitionen von "Migranten", "Zwangsumsiedlern" und "Flüchtlings" zu tun, teils mit unzuverlässigen Migrationsstatistiken.

Eine russische Teilnehmerin des Seminars über Migration und Sicherheit in Warschau berichtete über die Unklarheit der Terminologie und der in Rußland geltenden Kategorien von Migranten: So bezeichne der landläufige Terminus "Flüchtling" verschiedene Personengruppen 1. Ethnische Russen, die in sowjetischen Nachfolgestaaten gelebt haben und ihre Wohnorte aus Sicherheitsgründen verlassen haben. Diese Gruppe wird offiziell als "vynuždennye pereselency" (Zwangsumsiedler) bezeichnet; 2. Angehörige anderer Nationalitäten (ehemalige Sowjetbürger), die aus vergleichbaren Gründen nach Rußland ausgewandert sind; 3. An-

---

<sup>6</sup> IOM and UNHCR 1996 Joint Appeal following up the Conference to address the problems ..., Geneva, 2 July 1996.

<sup>7</sup> The Forced Migration Monitor, No. 17, May 1997: The CIS Conference: One Year After.

<sup>8</sup> Constatine Dmitriev, New Migration Trends Tests Russian Immigration Policy, Transition, 28 June 1996, S. 56.

gehörige ehemals deportierter Völker, die in ihr "ethnisches Mutterland" zurückkehren; 4. Flüchtlinge aus dem "fernen Ausland".<sup>9</sup>

Die Datenunsicherheit in Rußland wuchs insbesondere nach dem Ausbruch des Kriegs in Tschetschenien. Es weitete sich die Kluft zwischen den offiziellen Angaben über Fluchtbewegungen aus Kriegsgebieten und der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge. Die meisten Darstellungen zu Migrationsvorgängen in der GUS und zur Situation der russischsprachigen und anderen ethnischen Minderheiten in sowjetischen Nachfolgestaaten sind in russischen Quellen zu finden. Auch wenn sich darunter seriöse wissenschaftliche Arbeiten befinden, ergibt sich doch der Eindruck, daß diese Quellenlage einseitig ist, weil eine solide Ergänzung durch entsprechende Studien aus den Auswanderungsländern fehlt. So gilt für die Forschungslage in den zentralasiatischen Staaten, was Autoren aus Kasachstan in einem Aufsatz über die ethnopolitische Situation in ihrem Land sagen: "Leider wurde trotz seiner Dringlichkeit das Problem der Migrationen in der nachsowjetischen Periode nicht detailliert erforscht. Besonders die Ursachen der Migration und ihre Einwirkung auf die sozioökonomische Situation in Kasachstan sind wissenschaftlich nur unzureichend untersucht worden."<sup>10</sup> In Kasachstan führt das Staatskomitee für Statistik zwar differenzierte Emigrationsermittlungen durch, deren Ergebnisse werden aber nur zum Teil publiziert.<sup>11</sup>

Kirgistan ist das Land in Zentralasien, in dem Migrationsvorgänge und ihre Hintergründe noch am besten dokumentiert und analysiert sind; Turkmenistan steht am anderen Ende des Spektrums. Viele Staaten der GUS beklagen sich über die Darstellung der Migration "Russischsprachiger" aus ihren Ländern in Rußland. Dort wird nämlich die Auswanderung überwiegend als erzwungen dargestellt. Darstellungen über Migration gehen in russischen Quellen oft mit einer Klage über ethnokratische Tendenzen in den sowjetischen Nachfolgestaaten einher. Die Kritik aus Zentralasien beanstandet, daß Emigranten aus der Region in Rußland besonders zu Beginn der verstärkten Auswanderung automatisch der Status des Flüchtlings oder des Zwangsumsiedlers erteilt wurde. Auch in Rußland selber ist man darüber geteilter Meinung.<sup>12</sup>

Das Meinungsspektrum reicht von dem Standpunkt, daß sich Bevölkerung stets dorthin bewegt, wo die Lebensumstände besser sind oder besser zu sein scheinen, daß also die Differenz des Lebensstandards zwischen Einwanderungs – und Auswanderungsland der Hauptkatalysator für Migration sei, – diese These wird vor allem in den Auswanderungsländern vertreten –, bis zu der Ansicht, daß die Migranten aus dem Süden der GUS ihre Wohngebiete "im nahen Ausland" aus ethnopolitischen Gründen und unter Zwang verlassen haben.

---

<sup>9</sup> Prof. R. Ryvkina, in: NACC Seminar, siehe Anm. 2.

<sup>10</sup> R.Kadyrzhanov, G. Malinin, S. Nurmuratov, Ethno-political situation in Kazakhstan, in: Peace and Security. IIP (International Institute for Peace Vienna) research quarterly, Vol. XXX, June 1997, S. 43.

<sup>11</sup> Siehe Beate Eschment, Hat Kasachstan ein "Russisches Problem"? Revision eines Katastrophenbilds. Unveröffentlichtes Manuskript 1997, S. 103.

<sup>12</sup> Dazu Galina Vitkovskaja, Migracionnye povedenie netitul'nogo naselenija v stranach Central'noj Azii, in: Moskovskij Centr Karnegi, Migracija russkojazyčnogo naselenija iz Central'noj Azii: pričiny, posledstvija, perspektivy (pod redakciej G. Vitkovskoj), M. 1996, S. 83-130, hier S. 83f.

## ***1.2 Süd-Nord-Wanderung als Hauptstrom der Migration***

Unter den Bevölkerungsbewegungen in der GUS hebt sich eine Süd-Nord-Wanderung hervor, die die beiden Großregionen an der Südperipherie der ehemaligen Sowjetunion, Zentralasien und den Kaukasus, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt und Rußland zum Hauptempfänger von Migration macht.<sup>13</sup> Beide werden in den Materialien der Genfer GUS-Konferenz besonders hervorgehoben: Kaukasien als komplizierte Konfliktlandschaft mit diversen Flüchtlingsströmen, in der sich die Bevölkerungsstrukturen einzelner Gebietsteile (Berg-Karabach, Abchasien, Südossetien u.a.) radikal verändert haben; Zentralasien als eine Region im Umbruch, der die Integration ihrer verschiedenen ethnischen Bevölkerungsteile in die nachsowjetischen staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen nur unzureichend gelingt und die langfristig eine Auswanderungsregion bleiben wird. In beiden Regionen verliefen Wanderungen in verschiedenen Richtungen, so auch vom Norden in den Süden im Falle der Flucht von Georgiern aus Abchasien in das Kernland Georgiens oder im Falle tadschikischer Flüchtlingstrecks nach Afghanistan. Die Hauptrichtung der Migration verläuft jedoch vom Süden nach Norden. Kasachstan ist dabei auch ein Beispiel für interne Süd-Nord-Wanderung, denn ein Teil der russischen Minderheit in den südlichen Landesteilen ist in die stärker slawisch-osteuropäisch geprägten Nordprovinzen migriert.

## **2. Zentralasien als Auswanderungsregion**

Freilich beschränkt sich in Zentralasien das Migrationsgeschehen nicht auf die Auswanderung der "Russischsprachigen". Sozioökonomische Umbildungsprozesse regen auch Binnenmigrationen in der in sowjetischer Zeit als "immobil" angesehenen "autochthonen" Bevölkerung an. So wird z.B. eine wachsende Wanderung der einheimischen Bevölkerung vom Land in die Städte gemeldet. Diese Prozesse sind aber bislang schlecht dokumentiert. Hier soll es primär um die Auswanderung und ihre ethnopolitischen, sozioökonomischen und psychologischen Hintergründe gehen. Während die Migrationsvorgänge in und aus der kaukasischen Region den Charakter von Flucht im Zusammenhang mit ethnoterritorialen Konflikten angenommen haben, weisen Migrationsvorgänge in und aus Zentralasien kontinuierlichen Charakter auf. Die "dramatische" Ausnahme war hier Tadschikistan. Die "friedlichen" Migrationen in und aus Zentralasien sind Teil eines Prozesses, der zur Veränderung der Bevölkerungsstrukturen und ethnischen Proportionen führt – zur Re-Indigenisierung einer Region, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Migrationsströme aus dem Inneren Rußlands aufgenommen hatte, und zum Anwachsen des demographischen und politischen Gewichts der namengebenden Nationalitäten der unabhängig gewordenen Staaten. Man kann die interethnischen Beziehungen Zentralasiens auf drei überlappenden Beziehungsebenen lokalisieren:

1. *Angehörige der Titularnationalität – nichttitulare Bevölkerung* (z.B. Usbeken-Nichtusbeken in Usbekistan): Die Unterscheidung folgt dem Gliederungsprinzip des sowjetischen

---

<sup>13</sup> Dazu Bernd Knabe, Russische Föderation, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), *Der globale Mensch. Flucht und Migration als Weltproblem*. Becksche Reihe München 1997, S. 100-120.

Ethnoföderalismus und legt dabei künstliche Trennlinien zwischen kulturell und sprachlich eng verwandten Gruppen wie z.B. den Usbeken und Uiguren in Usbekistan.

2. *Autochthone – nichtautochthone Bevölkerung*: Auf dieser Unterscheidungsebene verlaufen Trennlinien zwischen Volksgruppen, die seit Jahrhunderten in der Region und in dem jeweiligen Land ansässig waren, und solchen, die in relativ neuer Zeit eingewandert sind, zwischen unterschiedlichen Kulturen und Lebensstilen, zwischen Glaubensgemeinschaften wie Islam und Christentum und zwischen anthropologischen Kategorien wie Europäer und Asiaten. Auf dieser Ebene kommen Prozesse der kulturellen und religiösen "Wiedergeburt" zum Tragen, von denen sich die nichtautochthone Bevölkerung bedroht oder zumindest befremdet fühlt. Die Spanne in dieser Relation ist zwischen den einzelnen Staaten sehr breit. In Kasachstan betrug der Anteil der "nichtautochthonen" Bevölkerung 1989 58%, in Tadschikistan dagegen nur knapp über 12%.
3. *Nationalsprachige – russischsprachige Bevölkerung*: Auf dieser Ebene kommen die Bedeutung von Sprachenpolitik und die Probleme sprachlicher Anpassung und Integration zum Tragen. In der Region lebten bei der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 bei einer Gesamtbevölkerung von 49,1 Mio. 9,5 Mio. Russen und weitere 2,4 Mio. "Russischsprachige".<sup>14</sup> Dabei entfiel der größte Teil der ethnischen Russen und der "Russischsprachigen" auf Kasachstan (Gesamtbevölkerung 1989: 16.4 Mio., davon 6.2 Mio. Russen und weitere 1.5 Mio. Russischsprachige). Unter den "Russischsprachigen" befanden sich 470.600 Personen deutscher Nationalität. Weitere 625.700 Deutsche gaben Deutsch als ihre "Muttersprache" an.<sup>15</sup> Die Zusammenfassung verschiedener Volksgruppen in der Kategorie "Russischsprachige" stößt in den nichtrussischen Auswanderungsländern auf starke Vorbehalte, weil sie aus ihrer Sicht in Rußland in einem politisch tendenziösen Sinne verwendet wird. In diesem Kontext wird z.B. die Sprachenpolitik der neuen Staaten oftmals in grober Verzerrung als "diskriminierend" und "menschenrechtsverletzend" dargestellt. Insbesondere in Kasachstan ist diese Kategorie, die in der Vergangenheit eine Mehrheit der Republikbevölkerung zusammenfaßte, umstritten und als "politisch motiviertes Konstrukt und Produkt der sowjetischen Nationalitätenpolitik" angesehen.<sup>16</sup>

Auf allen drei Ebenen weist die Entwicklung in Richtung einer Indigenisierung. Auf der ersten wächst überall das demographische und politische Gewicht der namengebenden Staatsvölker gegenüber ethnischen Minderheiten; auf der zweiten gewinnt die autochthone Kultur gegenüber dem sowjetisch geprägten Lebensstil der Immigranten und heutigen Emigranten an

<sup>14</sup> Nacional'nyj sostav naselenija SSSR po dannym vsesojuznoj perezpisi naselenija 1989 g., Gosudarstvennyj komitet SSSR po statistike, M. 1991.

<sup>15</sup> Kasachstan: 957.000 Deutsche, 521.000 mit deutscher, 434.600 mit russischer "Muttersprache"; Usbekistan: 40.000 Deutsche, 19.000 mit deutscher, 20.700 mit russischer Muttersprache; Kirgistan: 101.300 Deutsche, 64.000 mit deutscher, 37.000 mit russischer Muttersprache; Tadschikistan: 32.600 Deutsche, 19.500 mit deutscher, 13.000 mit russischer Muttersprache; Turkmenistan: 4.400 Deutsche, 2.310 mit deutscher, 2.084 mit russischer Muttersprache.

<sup>16</sup> Beate Eschment, Hat Kasachstan ein "Russisches Problem"? Revision eines Katastrophenbilds. Unveröffentlichtes Manuskript 1997, S. 42.

Boden; auf der dritten wird die jeweilige Nationalsprache als Staatssprache etabliert und gegenüber der ehemaligen Reichssprache Russisch gestärkt, obwohl letztere noch lange als wichtigstes grenzüberschreitendes Verständigungsmittel in Zentralasien fungieren wird. Die Wurzeln dieser Veränderungen gehen bis in die siebziger Jahre zurück. Es ist nicht zu den großen interethnischen Kollisionen gekommen, die man am Ende der achtziger Jahre angesichts ethnischer Konflikte im Ferganatal für ganz Zentralasien prognostiziert hatte. Die Kämpfe, die seit 1992 in Tadschikistan tobten, können nicht, zumindest nicht primär, als interethnische Konflikte interpretiert werden. Dennoch bleibt Ethnopolitik auf ihren verschiedenen Handlungsfeldern wie der Sprachenfrage, der Staatsbürgerschaftsregelung, der Kaderpolitik, der Kultur- und Bildungspolitik und anderen Bereichen ein sensibler Bereich der regionalen Stabilitäts- und Sicherheitspolitik. Bestimmte Teilbereiche von Ethnopolitik haben sich als so migrationsrelevant erwiesen, daß sich Regierungen zu Revisionen auf dem jeweiligen Handlungsfeld veranlaßt sahen.

Für Rußland bildet Zentralasien das größte Reservoir für Auswanderung auf sein Staatsterritorium. Der Auswanderungsstrom der Deutschen zielte allerdings weniger nach Rußland als in das "ethnische Mutterland" Deutschland. Das besonders hohe Auswanderungs- und – aus der Sicht Rußlands – Einwanderungspotential wird der russischen Öffentlichkeit in einem Artikel der "Nezavisimaja gazeta" mit folgenden Faktoren erklärt:

1. mit der Zahl der dort (vor allem in Kasachstan) lebenden Russen und Russischsprachigen,
2. mit der "ethnokulturellen Distanz" dieser Bevölkerungsgruppen zur autochthonen Bevölkerung und ihrer Kultur;
3. mit der Ethnopolitik der neuen Staaten;
4. mit der Wirtschaftskrise in der Region;
5. mit der Angst vor einer Destabilisierung der Staaten und der gesamten Region durch regionale Konflikte wie dem Bürgerkrieg in Tadschikistan und dem Chaos im benachbarten Afghanistan. Dabei wird betont, daß im Südkaukasus die Destabilisierung zwar weiter gediehen ist als in Zentralasien, daß dort aber auch weitaus weniger Russen und Russischsprachige leben.<sup>17</sup>

Auf der Grundlage demoskopischer Untersuchungen unter der russischsprachigen Bevölkerung Kasachstans, Kirgistans und Usbekistans erstellte der FMS Prognosen, nach denen bis zum Jahrtausendwechsel etwa 40% der nichtautochthonen Bevölkerung Usbekistans, 16% der "Russischsprachigen" Kasachstans und 12% der "Russischsprachigen" Kirgistans nach Rußland emigrieren würden, insgesamt etwa vier Mio. Menschen, überwiegend ethnische Russen (zwischen 75% und 85%).<sup>18</sup> Dabei ist freilich davon auszugehen, daß das in Meinungsumfragen bekundete und das reale Migrationsverhalten nicht übereinstimmen. Zudem ist die Auswanderungsmotivation im Fluß und ändert sich mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in dem jeweiligen Auswanderungsland. In Kirgistan waren anfänglich die Haupt-

---

<sup>17</sup> Migranty stremjatsja v Rossiju, Nezavisimaja gazeta, 11.7.1996.

<sup>18</sup> NG, 11.7.1996.

motive der Auswanderer der "wachsende Nationalismus der Titulernationalität" und die angebliche Einengung von Rechten der Minderheiten. Seit 1995 hat sich dann aufgrund der hohen Emigration und der Sorgen um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes der ethnopolitische Kurs der Regierung geändert – und mit ihm die Motivationsstruktur für die weitere Emigration. Bei Forschungen im Süden des Landes (in der Provinz Osch) wurde in der Motivhierarchie, wie sie von potentiellen russischsprachigen Auswanderern bekundet wurde, die "ethnische Diskriminierung" von der "niedrigen Bezahlung für Arbeit" vom ersten Platz verdrängt. Vorläufig ist die Emigration aus Zentralasien weitgehend auf die nichtautochthonen Bevölkerungsteile beschränkt. Lediglich aus dem Bürgerkriegsland Tadschikistan sind Angehörige der "Titulernationalität" und anderer "autochthoner" Bevölkerungsgruppen in großer Zahl ausgewandert bzw. geflohen. Bei der Auswanderung aus Kasachstan im Jahr 1995 betrug der Anteil der Kasachen nur 5%, der Anteil der slawischen Nationalitäten 80% (davon 69% Russen, 9% Ukrainer).<sup>19</sup> Der Rest entfiel überwiegend auf deutsche Auswanderer. Längerfristig richtet man sich in Rußland aber auch auf Migration aus der autochthonen Bevölkerung Zentralasiens aufgrund von sozioökonomischen Krisen ein. Dies wäre dann eine neue Dimension von Migration, denn in sowjetischer Zeit wurde stets die Migrationsimmobilität der einheimischen zentralasiatischen Bevölkerung betont.

### **2.1 Migrationsgeschichtliche Hintergründe**

Bevölkerungswanderung spielte in Zentralasiens stets eine wesentliche Rolle. Da der gegenwärtige Migrationsprozeß vor allem durch die Beziehung zwischen den "autochthonen" und "nichtautochthonen" Bevölkerungsteilen bestimmt wird, interessiert hier jener Teil der Migrationsgeschichte, der sich durch die Kolonisierung nach der Errichtung russischer Oberherrschaft über die Steppengebiete des heutigen Kasachstan und das südlich davon gelegene Mittelasien oder "Turkestan" ergeben hat.<sup>20</sup> Die erste größere Migration zwischen Rußland und der Region fand zwischen den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts und 1917 statt. Damals wanderten an die 2,5 Mio. Menschen aus den europäischen Teilen des Zarenreichs an seine nichtslawischen Peripherien, ein erheblicher Teil davon nach Zentralasien. Dabei unterschieden sich die Muster der Migration und Besiedlung neuer Wohngebiete zwischen den Steppen Kasachstans und den Seßhaftenzonen Mittelasiens erheblich. Die russische Bauernkolonisation in Kasachstan hatte Ähnlichkeit mit den Migrations- und Siedlungsprozessen in Sibirien und im Nordkaukasus und wird gelegentlich mit der Kolonisation des amerikanischen Westens verglichen. In Mittelasien, in das der "Siebenstromland" genannte Südteil des heutigen Kasachstan miteinzubeziehen ist, weist lediglich Kirgistan in seiner Kolonisationsgeschichte Ähnlichkeit mit diesem Muster auf. Das übrige Mittelasien, soweit es unter russischer Herr-

---

<sup>19</sup> Galina Vitkovskaja, Migracionnoe povedenie netitul'nogo naselenija v stranach Central'noj Azii, in: Migracija ruskojazyčnogo naselenija..., a.a.O., S. 99.

<sup>20</sup> Die nachfolgenden historischen Ausführungen stützen sich maßgeblich auf folgende Quellen: Jeff Chinn, Robert Kaiser (ed.), Russians as the New Minority: Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States, Westview Press: Boulder (Col.) 1996, 185-205; Ž. Zajončkovskaja, Istoričeskie korni migracionnoj situacii v Srednej Azii, in: G. Vitkovskaja (Ed.), Migracija ruskojazyčnogo naselenija iz Central'noj Azii: pričiny, posledstvija, perspektivy, Mosk. Centr Karnegi, vyp.11, M. 1996, Leonid Rybakovskij, ebenda, siehe Anm. 19.

schaft stand, war eher der Geschichte des europäischen Übersee-Kolonialismus vergleichbar. Eine schmale Schicht russischer Kolonialbeamter, -militärs und -arbeiter ließ sich im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kolonialverwaltung, dem Bau von Eisenbahnen, einer beginnenden Industrialisierung in der Region nieder – zumeist nicht auf Dauer. Um 1914 lebten etwa 500.000 Russen in Turkestan. Dagegen hatten sich in den Steppengebieten Kasachstans um 1911 bereits 1,5 Mio. Siedler aus Rußland niedergelassen. Ihre Anwesenheit beeinflusste das Leben der kasachischen Bevölkerung, während die europäische Kolonie in Mittelasien von den Lebensverhältnissen der lokalen Bevölkerung weitgehend getrennt lebte. In der von Oasenlandwirtschaft, Selbsthaftigkeit und vorindustrieller Städtkultur geprägten mittelasiatischen Wirtschaftszone waren das Dorf und die Landwirtschaft gegen den Zuzug europäischer Siedler stärker abgeschottet als in der Steppe.

In sowjetischer Zeit wurde dann eine Industrialisierung forciert, für die kaum einheimische Arbeitskräfte bereitstanden. Teilweise unter Zwang wurden russische Arbeitskräfte für die neuen Industriestandorte im Osten rekrutiert. Vor dem Zweiten Weltkrieg migrierten 600.000 Menschen aus anderen Regionen der Sowjetunion nach Zentralasien. Im ersten Kriegsjahr wurde dann ein bedeutender Teil der russischen Industrie nach Osten verlagert, aus den Frontregionen wurden schätzungsweise 2,5 Mio. Menschen hierhin umgesiedelt. Dem katastrophalen kriegsbedingten Bevölkerungsschwund im Westen der Sowjetunion stand hier eine Bevölkerungszunahme gegenüber. Der russische Bevölkerungszuwachs machte sich zwischen 1951 und 1960 vor allem in den Städten Nordkasachstans bemerkbar. Kasachstan zeigte in sowjetischer Zeit die stärkste Fluktuation in der Bevölkerungszusammensetzung einer Unionsrepublik, durch die demographische Katastrophen wie bei der Kollektivierung der Landwirtschaft 1929-1932 und tiefe Migrationszäsuren wie bei der "Neuland"-Kampagne der fünfziger Jahre reflektiert wurden.<sup>21</sup>

Eine Richtungsänderung im Migrationsverhältnis zwischen Rußland und Zentralasien zeigte sich in den siebziger Jahren. Die Zuwanderung wird geringer, die zentralasiatischen Unionsrepubliken verzeichnen leicht negative Migrationssalden. Diese Tendenz hält bis zur letzten sowjetischen Volkszählung 1989 an. Der relative Anteil der Russen an der Bevölkerung Zentralasiens nahm ab, zunächst nicht durch Migrationsabschwächung, sondern durch die höheren Geburtenraten in der einheimischen Bevölkerung. In den neunziger Jahren verändert sich nun auch dieses Verhältnis: Die Migration wird zum dominanten Faktor bei der Veränderung des Bevölkerungswachstums und der ethnischen Proportionen. Die Richtungsänderung seit den siebziger Jahren war das Resultat unterschiedlicher Faktoren:

Erstens, entstanden in anderen Regionen der Sowjetunion neue Immigrationsmagneten wie das BAM-Projekt in Sibirien und lenkten die Ströme der Arbeitsmigration von Zentralasien ab.

---

<sup>21</sup> Dies mögen folgende Angaben über die absolute Zahl der Kasachen in Kasachstan und ihren relativen Anteil an der Bevölkerung der Republik in verschiedenen Jahren verdeutlichen: 1926 – 3,6 Mio. (58,5%), 1939 – 2,3 Mio. (37,6%), 1959 – 2,7 Mio. (29,8%), 1970 – 4,2 Mio. (32,6%), 1979 – 5,2 Mio. (36%), 1989 – 6,5 Mio. (39,6%), 1993 – 7,3 Mio. (43,2%). Inzwischen soll der kasachische Bevölkerungsanteil bereits wieder die 50%-Marge überschritten haben.

Zweitens, kam es nun auch in den zentralasiatischen Republiken zu einer Veränderung im Migrationsverhalten der einheimischen Bevölkerung. Es verstärkte sich die Zuwanderung der Einheimischen in die Großstädte, deren Leben bis dahin stark von den Immigranten aus den europäischen Teilen der Sowjetunion geprägt gewesen war. Dadurch wuchs die interethnische Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Drittens, wuchs die "ethnokratische Orientierung" in den neuen nationalen Eliten. Es beginnt die "schleichende Dekolonialisierung" und ruft verstärkte Rückwanderung der ehemaligen Einwanderer nach Rußland hervor. Vorläufig ist dies noch eine "stille Migration" ohne starke Einschnitte in die Bevölkerungsentwicklung der betreffenden Unionsrepubliken. Dies ändert sich mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der künstlich geschaffenen "Nationalstaaten" in Zentralasien. 1994 kamen auf 1000 Russen, die aus Turkmenistan auswanderten, nur 85, die in dieses Land einwanderten, in Tadschikistan kamen 1992 auf 1000 Emigranten 52 Immigranten, in Kirgistan 1993 81. Die Zahl der Russen, die 1994 aus Usbekistan auswanderten, war 18 Mal höher als der umgekehrte Migrationsfluß.

*Nettomigration in den Republiken Mittelasiens (in Tausend)*<sup>22</sup>

	1961-65	1966-70	1971-75	1976-80	1981-85	1986-90	1991-94
Usbekistan	130,5	127,2	142,7	-109,9	-205,4	-478,5	-363
Kirgistan	72,6	53,3	-37,5	-64,7	-76,5	-105,9	-286
Tadschikistan	56,3	14,4	1,3	-42,7	-45,5	-113,0	-166
Turkmenistan	1,1	2,5	2,7	-26,6	42,3	-39,1	-20
Insgesamt	260,5	197,4	109,2	-243,9	-369,7	-736,5	-835

Trotz steigender Emigrationsraten nahm die Zahl der ethnischen Russen in den zentralasiatischen Republiken bis 1994 nur in begrenztem Maße ab, mit Ausnahme Tadschikistans.

Zahl der Russen	1989	1994	1994/1989 (%) <sup>23</sup>
Kasachstan	6.228.000	5.953.000	95,6
Usbekistan	1.653.000	1.451.000	87,8
Kirgistan	917.000	774.000	84,4
Turkmenistan	334.000	304.000	91,2

Von den 1989 in Kasachstan lebenden Russen waren über 46% im Lande geboren worden (in Usbekistan 48%, Kirgistan 45%, Tadschikistan 43%, Turkmenistan 47%). In Rußland nimmt man den wachsenden Anteil der "Alteinwohner" unter den Migranten als Anzeichen dafür, daß hinter der Auswanderung aus Zentralasien starke ethnopolitische und nicht nur wirtschaftliche Impulse stecken.

## 2.2 *Intellektuelles Potential und Migrationsprozesse*

Nicht nur die Zahl der in Zentralasien lebenden Einwanderer änderte sich im Lauf von Jahrzehnten, sondern auch ihre gesellschaftliche und berufliche Rolle.<sup>24</sup> Die Russen ließen sich

<sup>22</sup> Zajončkovskaja, a.a.O., S. 45, auf der Basis von Daten des Goskomstat SSSR und Mežgosudarstvennyj Statkomitet SNG.

<sup>23</sup> I.T. Katagoščina, Intellektual'nyj potencial i migracionnye processy v central'noaziatskom regione, in: Vostok, 6/1996, S. 70-88, hier S. 81.

hauptsächlich in Städten nieder. Nach den Daten von 1989 lebten sie zu 97% in Turkmenistan, 95% in Usbekistan und 94% in Tadschikistan in Städten. Nur in Kasachstan und Kirgistan gab es einen nennenswerten ländlichen Bevölkerungsanteil der Russen (23% bzw. 30%). Die hohe Urbanisierung hatte Konsequenzen in Hinsicht auf das Gemeinschaftsgefühl der Russen und die Möglichkeit, nationale Interessenverbände und Kulturorganisationen zu bilden. Ein solches Gemeinschaftsgefühl hat unter den Bedingungen ländlicher Siedlung und Solidargemeinschaft wesentlich bessere Voraussetzungen. Am ehesten besteht ein – auch organisierter – Zusammenhalt der Russen im nachsowjetischen Zentralasien in Nordkasachstan. Auch für die Aussicht auf die Emigration nach Rußland hat die Verstädterung negative Konsequenzen. "Rußland ist nicht darauf vorbereitet, urbane Bevölkerungsteile aus anderen ehemaligen Unionsrepubliken aufzunehmen. Pläne bezüglich der 'Migranten' sehen deren Ansiedlung auf dem Land vor."<sup>25</sup> Zwischen der autochthonen Bevölkerung und den "Zugezogenen" bestand in Zentralasien eine Art "kultureller Arbeitsteilung". In der Produktion dominierte die autochthone Bevölkerung in traditionellen Bereichen, in denen Handarbeit überwog. Insgesamt machten die Russen 1989 folgenden Anteil an der beschäftigten Bevölkerung aus: in Kasachstan rd. 40% (52% der Beschäftigten im urbanen Sektor, 12% der Beschäftigten in der Landwirtschaft), in Kirgistan 25% (42% bzw. 12%), in Turkmenistan 12% (25% bzw. weniger als 1%), in Tadschikistan 11% (28%, 1%), in Usbekistan 11% (23%, weniger als 1%).<sup>26</sup> Sie waren vorwiegend in Bereichen tätig, die eine Verständigung mit der sie umgebenden Kultur der autochthonen Bevölkerung kaum erforderten und in denen Einheimische stark unterrepräsentiert waren. In Usbekistan waren russische Arbeitskräfte maßgeblich an der Entwicklung des Elektro-Energiesektors, des Maschinenbaus, der Metallurgie, Chemie, Metallverarbeitung beteiligt. In Turkmenistan machten sie 75% der Beschäftigten in der Gasindustrie aus. In Tadschikistan waren russische Arbeitskräfte sehr stark im dortigen Militär-Industriellen Komplex konzentriert. Der Anteil der technischen Intelligenz und Angestellten mit hoher Berufsqualifikation lag in der russischen Bevölkerung der zentralasiatischen Republiken 1989 zwischen 35% (Kasachstan) und 50% (Turkmenistan).

Neue nationale Eliten drangen in Bereiche vor, die zuvor weitgehend "zugezogenen Spezialisten" vorbehalten gewesen waren. Dieser Prozeß war in den achtziger Jahren am stärksten in Kirgistan ausgeprägt. Dennoch blieb ein gravierender Mangel einheimischer Kader für eine ganze Reihe von Branchen bestehen, am deutlichsten im Ingenieur- und Technikbereich, ebenso in der Informatik und Computertechnik. Die Russen sahen sich einer wachsenden Konkurrenz mit einheimischen Kadern ausgesetzt und befürchteten ihre Verdrängung aus beruflichen Schlüsselpositionen. Umfragen in den achtziger Jahren zeigten, daß ein Hauptgrund für die Auswanderung die Wahrnehmung eines "ethnischen Favoritismus" zugunsten der "Titularnationen" war.<sup>27</sup> Mit dem Souveränisierungsprozeß verstärkte sich diese Tendenz. In den 90er Jahren verminderte sich der Anteil russischer Spezialisten infolge der starken

---

<sup>24</sup> Die Ausführungen in diesem Abschnitt basieren vor allem auf Katagoščina, *Intellektual'nyj potencial*.

<sup>25</sup> Sergej Nikolaev, *Russians in Uzbekistan*, in: Shlapentokh, *The New Russian Diaspora*, S. 120.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>27</sup> Chinn, Kaiser, S. 222.

Auswanderung, besonders im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technologie – laut Angaben des Statistischen Komitees der GUS von 1994 in Tadschikistan um 53%, in Usbekistan um 44%, in Kirgistan um 38% und in Kasachstan um 34%.<sup>28</sup> Katagoščina stellt eine positive Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und der Entschlossenheit zur Auswanderung fest. Dabei emigrierten vor allem Personen im arbeitsfähigen Alter (in Kirgistan 70% der Auswanderer) – vorwiegend aus den Industriezentren. Es waren Facharbeiter, Ingenieure, Hochschuldozenten, Lehrer, Ärzte u.a. Solche "Spezialisten" machten unter den Emigranten aus Kasachstan 1994 60% aus.<sup>29</sup>

Die Kaderlücke, die diese Emigration in den Auswanderungsländern reißt, muß entweder durch eine verstärkte Rekrutierung einheimischer Spezialisten gestopft oder durch eine systematische Politik der Emigrationseindämmung gestoppt werden, wenn die betreffenden Staaten in einer Periode der Transformationskrise und Wirtschaftsschrumpfung nicht zusätzlichen Schaden erleiden wollen. Die unabhängig gewordenen Staaten haben sich in beiden Richtungen bemüht. Sie haben die Qualifikation ihres wissenschaftlichen Nachwuchses durch Auslandsstudien und durch den Ausbau des nationalen Hochschulwesens gefördert, wobei allerdings die Knappheit der finanziellen Mittel dieser Bemühung enge Grenzen setzte. "Nicht von ungefähr hat sich die Regierung Usbekistans in letzter Zeit (Stand: 1996, U.H.) bemüht, russischsprachige Spezialisten an der Ausreise zu hindern. In Turkmenistan hat man vorerst russische Leitungskader noch nicht von ihren Posten im industriellen Sektor verdrängt, und auch hier behindern die Behörden die Ausreise von Spezialisten (z.B. durch das Verbot des Wohnungsverkaufs). In Kirgisien bemüht sich Präsident Akaev, der russischen und russischsprachigen Bevölkerung durch Zugeständnisse und Korrekturen in der Sprachpolitik entgegenzukommen, werden nationalistische Ausfälle gegen Russen verboten u.a."<sup>30</sup>

### 2.3 *Migrationsmotivation*

Bei der Einschätzung des Potentials für zukünftige Migration spielen Untersuchungen über die Auswanderungsmotivation eine wesentliche Rolle. Gerade auf diesem Feld divergieren die Darstellungen zwischen russischen und zentralasiatischen Quellen: Spielt für die russische Seite "etničeskij diskomfort" die Hauptrolle in einem komplexen Motivgefüge, geben nach Meinung der zentralasiatischen Kommentatoren und der Regierungen eher materielle Faktoren den Ausschlag für die Auswanderungsentscheidung. Die russische Migrationsexpertin Vitkovskaja hat 1994-1995 das Migrationsverhalten unter der "nichttitularen Bevölkerung" (Russen, Ukrainer, Deutsche, Tataren, Koreaner u.a.) in Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan untersucht. Es wurden 1080 Familien (5200 Personen) und 28 Experten befragt. Die Untersuchung begnügte sich nicht mit der Erfassung der Auswanderungsabsicht, sondern testete deren *Entschiedenheit* (opredelennost'), *Festigkeit* (podverždennost'), d.h. den Stand der

---

<sup>28</sup> Statističeskij komitet SNG, statist. bjulleten' No. 36, M.1994, S. 74; Katagoščina, S. 78.

<sup>29</sup> Katagoščina, S. 82.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 81.

Auswanderungsvorbereitung, und *Bedingtheit* (ustojčivost'), d.h. die Umstände, unter denen die Migrationsabsicht revidiert wird.<sup>31</sup> Dabei zeigte sich folgendes Bild:

Am höchsten war der Anteil der Migrationswilligen, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Vorbereitung auf die Auswanderung befanden, damals in Usbekistan. Allerdings war die Zahl der unmittelbar vor der Ausreise stehenden Personen (polnaja gotovnost') unter den Respondenten in allen drei Ländern extrem niedrig. In Usbekistan war die Migrationsabsicht bei jedem zweiten Respondenten "gefestigt", in Kasachstan bei jedem fünften, in Kirgistan bei jedem zehnten. In Usbekistan wollte jeder zehnte der Respondenten, die auf die Frage nach der Migrationsabsicht positiv antworteten, "unter allen Umständen" emigrieren. In Kasachstan war diese Quote dreimal, in Kirgistan sechsmal niedriger.

Dabei wurde Rußland als Einwanderungsland von 77% der Befragten in Kasachstan, von 78% in Usbekistan und von 82% in Kirgistan genannt, und zwar nicht nur von ethnischen Russen, sondern auch von anderen russischsprachigen Gruppen. So wollten unter den potentiellen Migranten ukrainischer Nationalität 50% aus Usbekistan und Kirgistan und 80% aus Kasachstan nach Rußland auswandern (in die Ukraine: 7%, 11%, 10%). Nur für die Respondenten deutscher Nationalität hatte Rußland mehrheitlich Transitbedeutung für eine Emigration nach Deutschland. Die Migrationsabsicht war am festesten bei den deutschen, relativ fest bei den russischen und tatarischen, weniger fest bei den ukrainischen Respondenten.

Welche Motive spielten damals, auf einem Höhepunkt der Auswanderung aus Zentralasien, die Hauptrolle für die Migrationsentscheidung? Vitkovskaja lokalisierte das Hauptgewicht der Auswanderungsmotive im Bereich der interethnischen Beziehungen und der ethnopolitischen Situation und nicht in den sozioökonomischen Entwicklungen, die freilich auch einen wesentlichen Beitrag zur Auswanderungsentscheidung lieferten. Als Beweis dienten das starke Übergewicht der "nichttitularen Bevölkerung" unter den Emigranten insgesamt, das Antwortverhalten der befragten potentiellen Auswanderer in diesen Bevölkerungsteilen und die Hinweise der befragten Experten in den drei Ländern.

*Motive für Migration, % der Antworten potentieller Migranten*<sup>32</sup>

<i>Migrationsmotive</i>	<i>Usbekistan</i>	<i>Kasachstan</i>	<i>Kirgistan</i>
Ethnische Motive <sup>33</sup>	40,9	31,9	34,2
Befürchtungen für die Zukunft der Kinder	28,7	28,2	31,0
Trennung von Rußland	22,9	28,2	21,9
Perspektivlosigkeit	21,4	21,1	14,2
Mangel an Demokratie	0,5	1,0	0,7
Soziale Instabilität	6,8	7,7	7,1
Wirtschaftliche Motive	18,3	31,4	40,0

<sup>31</sup> Galina Vitkovskaja, Migracionnoe povedenie netitul'nogo naselenija v stranach Central'noj Azii, in: Migracija russkojazyčnogo naselenija, 1996, S. 82-131.

<sup>32</sup> Galina Vitkovskaja, Migracionnoe povedenie netitul'nogo naselenia v stranach Central'noj Azii, S. 122, Tabelle 34.

<sup>33</sup> Untergliedert in: *ethnopolitische* (Ethnopolitik, Diskriminierung), *ethnosoziale* (Angst vor interethnischen Spannungen, Alltagsnationalismus) und *ethnolkulturelle* Motive (Sprachbarriere u.a.). Ebenda, S. 101.

Umweltsituation	0,3	11,1	1,9
Kriminalität	–	1,9	1,4
Persönliche Motive	4,8	4,8	4,5

### 2.3.1 Angst vor Konflikten

Die Gefahr interethnischer Konflikte spielte in der frühen Phase der Auswanderung nach 1990 besonders in Mittelasien, weniger in Kasachstan, eine wesentliche Rolle. Dabei wirkten die blutigen Kollisionen zwischen Usbeken und Turk-Mes'cheten im usbekischen und zwischen Kirgisen und Usbeken im kirgisischen Teil des Ferganatal nach. Später traten andere Faktoren unter der ethnisch bedingten Motivation in den Vordergrund. Insgesamt war die Angst vor Gewalt in Verbindung mit Erscheinungen des Nationalismus und der Zunahme von Kriminalität in Usbekistan am geringsten. Daß dabei Sicherheit und Stabilität in einem Spannungsverhältnis mit Demokratisierung und politischem Pluralismus stand, spielte für die potentiellen Migrantinnen keine Rolle. Nur 0,5% der Befragten führten in Usbekistan "Mangel an Demokratie" unter den Auswanderungsgründen an.

### 2.3.2 Sprachenpolitik, Sprachbarrieren

Sprachenpolitik war schon in sowjetischer Zeit der sensitivste Bereich der Nationalitätenfrage. Die Sprachenfrage war nach den Worten einer westlichen Expertin "the single most catalyst of national protest".<sup>34</sup> Eine ähnlich herausgehobene Bedeutung erlangte sie seit 1989 im Zuge neuer Sprachengesetze – diesmal freilich unter umgekehrten Vorzeichen, waren es doch jetzt nicht die nationalen Kultureliten an der nichtrussischen Peripherie, sondern die russischsprachigen Minderheiten in den unabhängig gewordenen Unionsrepubliken, die gegen die offizielle Sprachenpolitik protestierten. Zu verstehen ist das Problem nur vor dem Hintergrund der Resultate, zu der eine asymmetrische Politik der Zweisprachigkeit<sup>35</sup> in Sowjetisch-Zentralasien geführt hatte. Danach verständigten sich angeblich 40% der jungen Kasachen nicht mehr in ihrer Muttersprache, sondern auf russisch, und bekundete ein Drittel der kirgisischen Jugend, die eigene Muttersprache schlechter zu beherrschen als Russisch. Andererseits herrschten auf dem Land ausgesprochen schlechte Russischkenntnisse vor. 1989 gaben weniger als ein Prozent der in Kasachstan lebenden Russen Kasachisch als ihre erste oder zweite Sprache an (entsprechend in bezug auf die jeweilige Nationalsprache: 1,2% in Kirgistan, 2,6% in Turkmenistan, 3,5% in Tadschikistan, 4,6% in Usbekistan). Damit war das Niveau für die *linguistische Integration* der russischsprachigen Bevölkerungsgruppen in die unabhängig gewordenen zentralasiatischen Staaten mit ihren zur Staatssprache erhobenen Nationalsprachen extrem niedrig. Untersuchungen in Usbekistan auf der Materialgrundlage von 1989 zeigten, daß der Grad der linguistischen Anpassung bei den Russen sich umgekehrt

<sup>34</sup> Gail Washofsky Lapidus, Ethnonationalism and Political Stability. The Soviet Case. In: Rachel Denber, The Soviet Nationality Reader. Westview Press: Boulder, San Francisco, Oxford 1992, S. 430.

<sup>35</sup> In der Zeit nach Stalin wurde die Zweisprachigkeit zur sprachpolitischen Norm. Danach sollte jeder nicht-russische Bürger der Sowjetunion Russisch als zweite Sprache erwerben. Russen wurden dagegen nicht verpflichtet, die lokalen Nationalsprachen ihrer Wohnländer zu erlernen.

proportional zu ihrem Anteil an der Gebietsbevölkerung verhält. Je niedriger dieser Anteil, um so höher war die Anpassung an die usbekischsprachige Umgebung.<sup>36</sup>

Inzwischen hat sich die Zahl der Russen und "Russischsprachigen", die sich Kenntnisse in den Nationalsprachen erworben haben, etwas erhöht. Dennoch gilt z.B. für Kasachstan, was Autoren aus dieser Republik in einem Aufsatz von 1997 sagen: "Das Wesen des (Sprachen)-Problems besteht darin, daß Kasachen in Kasachstan eine zweisprachige, die Russen dagegen eine einsprachige Nationalität bilden. 63,3% der Kasachen sprechen Kasachisch und Russisch, in den Städten ist die Zahl noch viel höher, dagegen haben nur 1,5% der Russen Kenntnisse in beiden Sprachen".<sup>37</sup> Vor diesem Hintergrund wurden in der Wahrnehmung Rußlands die zwischen 1989 und 1992 verabschiedeten und teilweise nachträglich modifizierten Sprachengesetze zum "Faktor der Verdrängung der russischen und russischsprachigen Bevölkerung". Die Sprachengesetze erhoben die lokalen Nationalsprachen zu Staatssprachen und definierten das Russische als "Sprache der interethnischen Verständigung", dabei wurde aber z.B. in Turkmenistan der Status des Russischen in der neuen Verfassung nicht bestimmt. In den Sprachengesetzen Kirgistans und Turkmenistans wurde die besondere Schutzbedürftigkeit der Sprache der Titularnation hervorgehoben.<sup>38</sup> Für die russischsprachige Bevölkerung fiel nicht nur die neue Statusbestimmung für die ehemalige Reichssprache ins Gewicht, sondern vor allem die Implementierungsbestimmungen in bezug auf die neuen Staatssprachen, die Frage, in welchem Zeitraum und in welchem Umfang sie die betreffenden Sprachen zu lernen hatten und für welche öffentlichen Bereiche dieses Lerngebot obligatorisch war. Dabei variierten solche Implementierungsbestimmungen regional (Südkasachstan, Nordkasachstan) und nach Öffentlichkeitsbereichen. Sie wurden im Verhältnis zu ihren Erstfassungen in den Sprachengesetzen später modifiziert (Kirgistan 1994 u.a.) und der Realität besser angepaßt.

In der Untersuchung Vitkovskajas spielten Sprachenprobleme unter den ethnischen Motiven für Migration die stärkste Rolle in Usbekistan, obwohl dort die Anpassung der "Russischsprachigen" an die Nationalsprache größer war als in den beiden anderen Ländern. Daß die Sprachbarriere hier den ersten Platz unter den ethnischen Motiven für Migration einnahm, war nicht mit der politischen Forcierung der Nationalsprache zu erklären, die zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits etwas abgeschwächt worden war, sondern mit ihrer im Vergleich zum Kasachischen oder Kirgisischen größeren Durchsetzbarkeit aufgrund des geringeren Anteils der Russen und Russischsprachigen in Usbekistan und der stärkeren Konsolidierung der usbekischen Sprache.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> So beherrschten 24% der Russen in der Region Chorezm (bei 1,2% Anteil an der Gebietsbevölkerung) Usbekisch, aber nur 3,5% der Russen in Taschkent (bei einem Anteil von 34% an der Stadtbevölkerung). Sergei Nikolaev, Russians in Uzbekistan, a.a.O., S. 118.

<sup>37</sup> R. Kadyrzhanov, G. Malinin, S. Nurmuratov, Ethno-Political Situation in Kazakhstan, in: Peace and Security IIP (International Institute for Peace Vienna), Vol. XXX-June 1997, S. 43.

<sup>38</sup> Chinn, Kaiser, S. 223f.

<sup>39</sup> Siehe auch Martha Brill Olcott, Demographic Upheavals in Central Asia, in: Washington Quarterly, Fall 1996, S. 537-555, hier S. 547.

### 2.3.3 "Ethnische Diskriminierung", "Alltagsnationalismus"

In allen untersuchten Staaten verwiesen Respondenten und Experten unter diesem Thema auf die "Kaderauswahl nach nationalen Kriterien", auf "ethnische Selektion" beim Zugang zu Hochschulen und für Auslandsstudien, bei der Gewährung von Krediten bei Unternehmensgründungen, bei der Zuweisung von Wohnungen und in anderen Situationen hin. Mehr als ein Drittel der Experten in Kasachstan und Usbekistan und die Hälfte der Experten in Kirgistan gaben zu, daß die Kaderpolitik ihrer Regierungen Züge von "ethnischer Diskriminierung" trügen.<sup>40</sup> Auch das sehr niedrige Niveau der Integration der Russen und Russischsprachigen in das Milieu der autochthonen Bevölkerungsgruppen und "Titularnationen" fällt hierbei ins Gewicht. Vom Problem der linguistischen Integration war bereits die Rede. Bei 79% der befragten Familien in Usbekistan fand sich kein einziger Vertreter der Titularnation im familiären Umfeld, ebenso bei 83% der befragten Familien in Kasachstan und 92% in Kirgistan. 41% der Respondenten in Kirgistan (45% in Usbekistan, 64% in Kasachstan) gaben an, keine Freunde in der jeweiligen Titularnation zu haben.

Dort, wo der staatlichen Ethnopolitik keine Diskriminierungsabsicht unterstellt wurde, richtete sich die Klage über Diskriminierungserscheinungen im interethnischen Verkehr vorwiegend gegen "bytovoj nacionalizm", einen Nationalismus, der im Massenbewußtsein verankert ist und der sich in Alltagssituationen zeigt.

### 2.3.4 Trennung von Rußland, Angst vor Isolation, Problem der Staatsbürgerschaft

Der Zerfall der Sowjetunion hat in den "russischsprachigen" Bevölkerungsteilen der ehemaligen Unionsrepubliken ein Gefühl von "Heimatlosigkeit" hinterlassen. Diese Bevölkerungsteile hatten in der Vergangenheit ihre Wohnländer zumeist als "malaja rodina" (kleine Heimat) und die Sowjetunion als die größere Heimat identifiziert. Der Souveränisierungsprozeß seit 1990 und die Entwicklungen nach dem Zerfall der Sowjetunion hat die "russische Diaspora im nahen Ausland" geopolitisch von Rußland zunehmend getrennt. Was für die Titularnationen die nach und nach erworbenen Attribute ihrer Eigenstaatlichkeit waren, wie z.B. nationale Währungen, die den Rubel als Zahlungsmittel ersetzten, waren für die Russen und "Russischsprachigen" Merkmale dieser Trennung. Rußland, für die meisten Befragten das anvisierte Einreiseland, rückte immer weiter weg. Es wurde außerdem keineswegs als ein gastfreundlicher Staat wahrgenommen, und die potentiellen Migranten wußten, daß eine Übersiedlung dorthin nicht leicht ist. Von den Befragten der Untersuchung von 1994/95 betrachteten sich in Kirgistan 12%, in Usbekistan 29% und in Kasachstan 59% als "Bürger der UdSSR" oder als "staatenlos".

In diesem Zusammenhang trat das Problem der Staatsbürgerschaft in den Vordergrund. Die Einwohner der meisten GUS-Staaten wurden ungeachtet ihrer Nationalität automatisch zu Bürgern ihrer jeweiligen Wohnländer (Null-Lösung). Aber sie wurden vor ein Dilemma gestellt: Um Bürger des jeweiligen sowjetischen Nachfolgestaats zu sein, mußte man Ausländer in bezug auf Rußland werden. Nahm man die Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation

---

<sup>40</sup> Vitkovskaja, in: Migracija ruskojazyčnogo naselenija, S. 120.

an, mußte man mit Nachteilen in bezug auf Wahlrechte, Arbeitsrechte, soziale Rechte, Pensionsrechte u.a. rechnen und setzte sich dem Verdacht der Illoyalität aus. Deshalb hatten bis 1996 nach Angaben des zuständigen Ressorts im Präsidialapparat Rußlands nicht mehr als 600.000 Russischsprachige im sogenannten "nahen Ausland" die Staatsbürgerschaft Rußlands beantragt. Dabei war die Erlangung der Staatsbürgerschaft nach der Übersiedlung nach Rußland viel schwieriger. Unter den hier untersuchten drei Staaten Zentralasiens hatten die meisten Russischsprachigen die russische Staatsbürgerschaft in Usbekistan beantragt.

Die Idee der doppelten Staatsbürgerschaft stieß in Zentralasien auf Widerstand. Der usbekische Präsident Karimov sah in ihr die Gefahr der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten zentralasiatischer Staaten und der Beschränkung ihrer Unabhängigkeit. Bei den für Zentralasien charakteristischen künstlichen Staatsgrenzen, bei der Gefahr territorialer Konflikte zwischen Staaten, von deren "Titulernationalität" jeweils ein Teil auch in den Grenzen der Nachbarstaaten lebt und sich dort oft in bestimmten Landesteilen konzentriert, enthält diese Idee tatsächlich politischen Sprengstoff. Sie darf nicht nur bilateral, im Verhältnis zwischen den Titulernationalen und der russischen Minderheit, sondern muß im Verhältnis zu allen Minderheitengruppen gesehen werden. Nur Turkmenistan ließ im Zusammenhang mit einem Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Rußland 1993 die doppelte Staatsbürgerschaft für Russen zu, für andere ethnische Minderheiten in seinen Grenzen allerdings nicht. Auch der kirgisische Präsident Akaev hatte für die Gewährung doppelter Staatsbürgerschaft für die russische Minderheit Verständnis gezeigt und damit bei nationalistischen Kräften im Parlament Widerstand provoziert. Auch er war allerdings nicht bereit, dasselbe Prinzip auf andere Minderheiten wie zum Beispiel die Usbeken in Kirgistan anzuwenden. Präsident Nazarbaev lehnte die doppelte Staatsbürgerschaft für die Russen in Kasachstan ab, billigte sie aber Kasachen zu, die aus Nachbarländern "repatriiert" wurden.<sup>41</sup>

### 2.3.5 *Sinkende politische Repräsentanz*

Die Emigration der Russischsprachigen verändert die ethnische Zusammensetzung der Elektorate bei Parlamentswahlen. In den Republikparlamenten sinkt der Anteil der russischsprachigen Minderheiten und steigt die Repräsentanz der "Titulernationalität". Dies ist teilweise das Resultat neuer Wahlsysteme, in denen große Wahlkreise die Chancen minoritärer Bevölkerungsteile, Deputierte ihrer eigenen Volksgruppe in die Parlamente zu entsenden, mindern. Dieser Punkt tritt zwar bei den Umfrageergebnissen nicht gesondert in Erscheinung, beeinflußt aber die Situation der Minderheiten in Zentralasien und ihre politische Integration in die neuen Staaten.<sup>42</sup> Nennenswerte politische und gesellschaftliche Organisationen der russischen und russischsprachigen Minderheiten gibt es nur in Kirgistan (Slawische Assoziation "Soglasie" seit Juni 1990; Slawischer Fonds) und in Kasachstan (Slawische Bewegung "Lad").

---

<sup>41</sup> Chinn, Kaiser, S. 228; G.Ginsburgs, The Question of Dual Citizenship in Russia's Relations with the Successor States in Central Asia: Part I, in: Central Asia Monitor, 4/1995, S. 20-28; Part II: *ibid.* 5/1995, S. 11-16.

<sup>42</sup> Sergei Nikolaev, Russians in Uzbekistan, in: Shlapentokh etc. (ed.), The New Russian Diaspora, S. 107-121, bes. S. 109.

### *2.3.6 Beschäftigungssituation und wirtschaftliche Entwicklung*

Wirtschaftliche Motive rangierten unter den Angaben der potentiellen Migranten in Kirgistan an oberster Stelle, in Kasachstan auf dem zweiten, in Usbekistan auf dem fünften Platz. Die Respondenten gaben aber meist mehrere Motive an, ohne diese zu gewichten. Betrachtet man die Antworten, in denen nur ein Motiv angeführt wurde, trat hier die wirtschaftliche Motivation nicht stark in den Vordergrund. Den Hauptfaktor unter den wirtschaftlichen Auswanderungsmotiven stellte die Beschäftigungssituation dar. Einerseits erhöht die Arbeitslosigkeit in dem Wohnland die Auswanderungsbereitschaft, andererseits mindert die mit ihr verbundene Mittellosigkeit die Möglichkeit zur Realisierung der Auswanderungsabsicht. Am deutlichsten zeigte sich die Abhängigkeit der Auswanderungsbereitschaft von der Arbeitsmarktsituation in Kirgistan. Der Anteil der Arbeitslosen unter den Respondenten war hier mit 14,8% am höchsten (Usbekistan 8,1%, Kasachstan 5,6%). Die Arbeitslosigkeit unter der nicht-kirgisischen Bevölkerung Kirgistans war zu diesem Zeitpunkt mehr als anderthalbmal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung der Republik. Hier hatte sich der Arbeitsmarkt für Russischsprachige besonders mit der Schließung von Betrieben der Rüstungsindustrie verengt. Alle befragten Experten sahen die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt als eine der wichtigsten Faktoren für die veränderte Lage der Russischsprachigen in den drei zentralasiatischen Ländern an.

## **3. Die Migrationssituation in den einzelnen Staaten**

### ***3.1 Kasachstan***

Was Migrationsprognosen betrifft, ragte kein anderer einzelner sowjetischer Nachfolgestaat aufgrund seiner ethnischen Bevölkerungsstrukturen und Migrationsgeschichte so stark heraus wie Kasachstan. In keinem anderen nichtrussischen Gliedstaat der Sowjetunion war der Anteil der nichtautochthonen Bevölkerung (1989: 58%) so hoch wie hier. Hinzu kommt, daß die –bislang gelungene – Wahrung ethnischen Friedens in diesem Fall eine besonders deutliche außenpolitische Dimension aufweist, die von der Nachbarschaft zu Rußland und der starken russisch-slawischen Prägung der Nordprovinzen Kasachstans bestimmt wird. Bei dieser Heraushebung ist Kasachstan aber auch ein schlagendes Beispiel für spekulative Migrationsprognostik. Zudem sind Migrations- und Bevölkerungsprognosen hier häufig von Emotionen und Erwartungshaltungen geprägt, sei es daß Kasachen mit Genugtuung ein demographisches "Aufholen" der Titulernationalität und Entwicklungstendenzen zu einem homogeneren Nationalstaat konstatieren, sei es daß russische Kommentatoren ein Schreckgespenst von "ethnischer Diskriminierung" und "Verdrängung" an die Wand malen. Neuere statistische Angaben aus Kasachstan melden, daß die Kasachen 1997 die 50%-Marge überschritten habe. Bis dahin waren sie die einzige größere Nationalität der ehemaligen Sowjetunion, die nicht die absolute Mehrheit in der Bevölkerung ihrer Republik ausgemacht hatte. Die Zahl der Russen liegt etwa bei einem Drittel der Republikbevölkerung und scheint sich jetzt stabilisiert zu haben. Die demographische Russifizierung hatte um 1959 ihren Höhepunkt erreicht. Damals machten Russen fast 43% der Bevölkerung Kasachstans und die größte Volksgruppe aus und übertrafen in neun von 15 Provinzen die Zahl der Kasachen. Alma-Ata war damals zu 73%

eine russische Stadt. Erst in der Volkszählung von 1989 überstieg – erstmals seit der von 1926 – der Anteil der Kasachen mit 39,7% den dominanten Status der Russen (37,8%). In den neunziger Jahren emigrierten rd. 1,3 Mio. Nicht-Kasachen aus Kasachstan und wanderten 100.000 Kasachen in das Land ein.

### 3.1.1 Richtungen und Tendenzen der Migration

Die Hauptmigrationsströme sind gegenwärtig: 1. die Auswanderung von Russen und "Russischsprachigen" (darunter Deutsche); 2. Süd-Nord-Wanderungen von Russen innerhalb Kasachstans; 3. die Immigration von Kasachen aus dem Ausland (Mongolei, China, zentralasiatische Nachbarstaaten). Dazu kommt ein gewisses Maß an Rückwanderung der nach Rußland emigrierten Russen, die aufgrund von Integrationsschwierigkeiten in Rußland wieder in ihr ursprüngliches Wohnland zurückkehren. Zu den innerkasachischen Migrationsproblemen gehört auch eine verstärkte generelle Land–Stadt–Wanderung.

Dramatischen Prognosen über die Auswanderung der Russen und "Russischsprachigen" steht die Tatsache gegenüber, daß sich die Auswanderungskurve seit 1995 verflacht hat. 1994 wurde mit 480.000 Auswanderern aus den nichtkasachischen Bevölkerungsteilen (darunter 283.000 Russen) ein Höhepunkt der Emigration erreicht. Dennoch betrug in diesem Jahr der russische Bevölkerungsanteil immerhin noch mehr als 95% der diesbezüglichen Größe von 1989. Der negative Migrationssaldo in bezug auf die Russen hatte sich für die Periode von 1989 bis 1993 auf 275.000 summiert. Ein weitgehender Schwund der russischen Bevölkerung des Landes zeichnete sich hinter diesen Zahlen kaum ab, wenn auch ein hoher Prozentsatz der Russen in Kasachstan bei Meinungsumfragen Auswanderungsabsicht bekundete.<sup>43</sup>

#### *Veränderung der ethnischen Bevölkerungsstruktur (Bevölkerung in Tausend)<sup>44</sup>*

Nationalität	1989	%	1992	%	1994	%	1995	%
Kasachen	6.535	39,7	7.073	41,9	7.474	44,3	7.636	46,0
Russen	6.228	37,8	6.257	37,0	6.041	35,8	5.770	34,7
Deutsche	957	5,8	786	4,7	614	3,6	507	3,1
Ukrainer	896	5,4	890	5,3	857	5,1	821	4,9
Usbeken	332	2,0	356	2,1	372	2,2	379	2,3
Tataren	328	2,0	337	2,0	330	2,0	320	1,9
Belorussen	183	1,1	184	1,1	178	1,1	172	1,0
Aseri	90	0,5	98	0,6	102	0,6	103	0,6
Andere	916	5,6	911	5,4	902	5,3	900	5,4
Gesamt	16.465	100	16.892	100	16.870	100	16.607	100

Im Dezember 1996 wurde in der russischen Presse mitgeteilt, daß seit Anfang des Jahres 165.400 Personen Kasachstan verlassen hätten, die Quote der Ein- und Rückwanderung nach Kasachstan wurde in dieser Quelle nicht genannt. 101.000 Auswanderer, darunter etwa 7000 Kasachen, gingen 1996 nach Rußland, 52.0000 nach Deutschland.<sup>45</sup>

<sup>43</sup> John Dunlop, Will the Russians return from the Near Abroad, in: Post-Soviet Geography, 4/1994, S. 210.

<sup>44</sup> EIU (Economist Intelligence Unit) Country Profile Kazakstan 1996-97, S. 1, nach Goskomstat Kasachstans.

<sup>45</sup> Segodnja, 4.12.1996, S. 4.

Es gibt Gründe, die dafür sprechen, daß sich die Reaktion der Russen auf ethnopolitische Veränderungen nach der Unabhängigkeit Kasachstans nicht allein oder vordringlich auf Emigration, sondern auf Handlungsvarianten beziehen wird, die von der Anpassung an die neuen wirtschaftlichen, staatlichen und ethnopolitischen Umstände bis zum nationalen Irredentismus reichen. Der russische Bevölkerungsteil ist sehr stark in Nordkasachstan konzentriert. Wie in der Ukraine sind Russen in Kasachstan also überwiegend im Grenzraum zu Rußland angesiedelt. Anders als in der Ukraine, wo sie mit Ausnahme der Krim in allen Provinzen (oblasti) eine Minderheit bilden, stellen sie in drei Nordprovinzen Kasachstans (Ostkasachstan, Karaganda, Nordkasachstan) die absolute Bevölkerungsmehrheit und in vier weiteren (Akmola, Kokčetau, Kustanaj, Pavlodar) die zahlenmäßig stärkste einzelne Volksgruppe. Dabei wuchs die Konzentration der Russen in diesem Landesteil noch infolge russischer Migration aus Südkasachstan in den Norden.<sup>46</sup> Diese Migration hing zum Teil mit dem Sprachengesetz zusammen, das im kasachisch-mittelasiatisch geprägten Süden ein kürzere Frist für die Umstellung auf die kasachische Staatssprache vorsah als im Norden. Dennoch übertrifft auch im Norden das natürliche Bevölkerungswachstum der Kasachen das der Russen und Russischsprachigen. Die Kombination aus einer geographischen Konzentration der Russen in Nordkasachstan und wachsender Kasachisierung dieser Region birgt Konfliktpotential.<sup>47</sup> Die russische Noch-Bevölkerungsmehrheit könnte sich durch die Kasachisierung unter "Sezessionsdruck" gesetzt fühlen. Nicht zuletzt um diesem Szenario entgegenzuwirken, will Präsident Nazarbaev die Republikhauptstadt vom Süden in den Norden verlegen. Der Dramatik dieses Szenarios entsprechen allerdings die gegenwärtigen Nationalitätenbeziehungen in Kasachstan nicht.

### 3.1.2 Die Auswanderung der Deutschen

Während die Migrationsprognosen für den russischen Bevölkerungsteil unklar sind, gingen in bezug auf die deutschen Aussiedler die meisten Experten von einer weitgehenden Auswanderung aus Kasachstan aus. Nach dieser Einschätzung wird sich die Abwanderung der Deutschstämmigen – wenn auch abgeschwächt – fortsetzen, obwohl die Regierung Kasachstans ebenso wie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Verbleib dieser Bevölkerungsgruppe im Lande unterstützen und sich die Zahl der Spätaussiedler aus dem exsowjetischen Raum nach der Einführung von Sprachprüfungen für die Auswanderungswilligen deutlich reduzierte. Als Kasachstan unabhängig wurde, lag die Zahl der Deutschen noch bei einer Million und bei nahezu 6% der Republikbevölkerung. Deutsche stellten in fünf Provinzen (Karaganda, Kokčetau, Kustanaj, Pavlodar, Celinograd/Akmola) einen Bevölkerungsanteil von über 10%. Am 1. Januar 1996 wurde ihre Zahl nur noch mit 367.000 beziffert.<sup>48</sup> Nach neue-

<sup>46</sup> Kasachisch-russische Bevölkerungsverteilung 1993: Im Süden – Aktubinsk (60%:22%), Almaty-Oblast' (50%:29%), Atyrau (71%:20%), Džambyl (57%:24%), Čimkent (60%:14%); im Norden – Ostkasachstan (30%:60%), Kokčetau (32%:39,5%), Pavlodar (31%:45%), Nordkasachstan (19,5%:64%), Semipalatinsk (56%:34,5%), Ural'sk (58%:33%), übrige Provinzen (Akmola, Karaganda, Kustanaj, Turgaj, Džeskasgan) (26%:46%). Chinn, Kaiser, Tabelle 8.2, S. 192.

<sup>47</sup> Chinn, Kaiser, S. 191.

<sup>48</sup> IDDSU (Informationsdienst Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion) Nr. 33, November 1996, S. 7.

ren statistischen Angaben wanderten zwischen 1992 und Ende 1996 rd. 558.500 Deutsche aus Kasachstan aus. Aussiedler aus Kasachstan machten damit 56% der deutschen Auswanderung aus dem Raum der ehemaligen UdSSR aus (Rußland: 32,7%, Kirgistan: 5,2%).<sup>49</sup>

### 3.1.3 Einzelne Migrationsmotive

*Ethnischer Kaderwechsel.* Die Migrationsmotivation für die Russischsprachigen in Kasachstan hatte sich in den achtziger Jahre gewandelt. Es wurde in zunehmendem Maße ein "ethnischer Favoritismus", der angeblich die Kasachen in verschiedenen Alltags- und Lebensbereichen bevorzugte, unter den wichtigsten Auswanderungsgründen erwähnt. Waren Kasachen schon zuvor im Bildungswesen und in der politischen Repräsentation der Unionsrepublik bevorzugt worden, so begann sich die überproportional hohe Repräsentation der Titularnationalität nun allmählich auch auf die Wirtschaftsbereiche zu erstrecken. Diese Tendenzen wurden mit der staatlichen Unabhängigkeit verstärkt. Nun veränderte sich die ethnische Zusammensetzung in den Staats- und Verwaltungsorganen in kürzester Zeit. Auf der höchsten Leitungsebene in der Zentral- und Lokalverwaltung hatten Nicht-Kasachen 1985 noch die Hälfte des Personals ausgemacht, 1994 dagegen nur noch ein Viertel. Im Präsidialapparat war 1994 das Verhältnis von Nicht-Kasachen gegenüber Kasachen auf der Führungsebene 1:6, im Bildungsministerium 1:6, im Wirtschaftsministerium 1:7. Ähnlich stellten sich die ethnischen Proportionen in der vom Präsidenten ernannten Leitungsebene der Provinzverwaltungen dar. Auch in den nördlichen Provinzen, in denen die russischsprachige Bevölkerung die Kasachen numerisch überwog, dominierten zunehmend kasachische Kader in den Verwaltungsorganen.<sup>50</sup>

*Interethnische Spannungen.* Die "Verschlechterung der interethnischen Beziehungen" rangierte vor 1991 nicht unter den am häufigsten genannten Gründen. Nur in Belarus, der Ukraine und in Rußland selber war damals der Prozentsatz der russischen Respondenten, die ethnische Spannungen als Auswanderungsgrund nannten, noch niedriger. Um 1993 rangierten dann aber "interethnische Probleme" bereits im oberen Feld der Auswanderungsmotive.<sup>51</sup> Gewalttätige ethnische Konflikte wurden aus Kasachstan allerdings nicht gemeldet, eher spricht man hier von einer generellen Verschlechterung des ethnischen Klimas am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt und in anderen Bereichen. 1996 ging aus Meinungsumfragen hervor, daß Spannungen zwischen den Nationalitäten als weniger dramatisch eingestuft wurden als wachsende Friktionen zwischen sozialen Gruppen. Bei demoskopischen Recherchen wurden 1760 Respondenten unterschiedlicher Nationalität aus sieben Provinzen des Landes befragt und die Resultate mit vorherigen Meinungsumfragen von 1992 und 1994 verglichen. Unter den "am meisten alarmierenden Problemen" waren die "interethnischen Spannungen"

---

<sup>49</sup> Velikoe pereselenie nemcev, in: Evropa Centr, No. 14, 18.7.1997, S. 6. Siehe auch Andreas Baaden, Aussiedler-Migration. Historische und aktuelle Entwicklungen, Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. Schriftenreihe Aussiedlerintegration Band 1, Berlin 1997, S. 51-55.

<sup>50</sup> Katrin Benner, Der Vielvölkerstaat Kasachstan. Ethnische Heterogenität in friedlicher Koexistenz? Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 11, Hamburg 1996, S. 111.

<sup>51</sup> Chinn, Kaiser, S. 190; Caravan Business News, 8/1993, S. 22.

gegenüber früheren Meinungsumfragen vom sechsten auf den dreizehnten Platz zurückgefallen. Dagegen sank die Zustimmungquote für die Regierung und den Präsidenten. 60% der Respondenten drückten der Exekutive ihr Mißtrauen aus. Das Absinken des Lebensstandards und eine dramatische Einkommensdifferenzierung gingen quer durch die Volksgruppen.<sup>52</sup>

*Spannungen zwischen "Titulernationalismus" und "ethnischer Integration"*. Russen und Kasachen haben unterschiedliche Ansichten zur Integration und zur kasachstanischen Staats- und Nationsbildung.<sup>53</sup> In der bereits zitierten Meinungsumfrage von 1996 betrachteten noch immer 60% der slawischen und deutschen Respondenten die zerfallene Sowjetunion und nicht ihr Wohnland Kasachstan als ihren "Heimatraum". 40% der Respondenten aus diesen Bevölkerungsgruppen bevorzugten eine engere Integration mit Rußland. Die überwiegende Mehrheit der kasachischen Respondenten betrachtete die Unabhängigkeit Kasachstans als historische Tatsache.<sup>54</sup> Die Vorstellungen der Russischsprachigen über eine "Integration mit Rußland" stoßen hier leicht an die Grenze von Verrat. Die politische Führung Kasachstans gehört zwar selber zu den Protagonisten der Integration im GUS-Raum, aber auf der strikten Grundlage des Respekts vor der neugewonnenen staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität der sowjetischen Nachfolgestaaten. Tendenzen eines russischen, slawischen und insbesondere kosakischen Irrendentismus in Nordkasachstan treffen einen neuralgischen Punkt in der Sicherheitsperzeption der Republikführung. Befragt zu Gerichtsverfahren gegen Führer von Kosakenbewegungen in Nordkasachstan, antwortete Präsident Nazarbajev im November 1996: "Wie sollen meine Landsleute sich zu Aufrufen und Losungen wie "Kasachstan gehört zu Rußland" oder "Kosakenland den Kosaken!" verhalten? Doch wohl so, wie sich die Bürger Rußlands zu Aufrufen wie "Sachalin und die Kurilen zu Japan!" verhalten würden".<sup>55</sup>

Als eine Alternative zur Integration mit Rußland betrachten die nichtautochthonen Bevölkerungsgruppen mit relativ kompakten Siedlungsgebieten häufig auch die Autonomisierung ihrer Wohngebiete nach dem Modell des sowjetischen Ethno-Föderalismus. Jeder vierte Russe sprach sich bei Meinungsumfragen 1996 für eine russische Gebietskörperschaft in Nordkasachstan aus, ebenso jeder vierte Deutsche und jeder vierte Uigure für analoge Autonomien.<sup>56</sup> Auch diese Vorstellungen treffen in der politischen Führung des Landes, die Kasachstan als einen einheitlichen Staat ohne territoriale Autonomiegebilde definiert, auf entschiedene Abwehr.

Kasachische Darstellungen zur Motivation der Emigranten heben im allgemeinen wirtschaftliche Motive hervor. Vereinzelt kritisieren aber auch kasachische Experten und Publizisten

<sup>52</sup> No Enmity between Ethnic Groups; Friction Increasing among Social Groups, in: Focus Central Asia, 12/1996, S. 18-24; Kazachstan – naš obščij dom, in: Kazachstanskaja pravda, 29.1.1997, S. 3-4.

<sup>53</sup> Zu den grundlegenden Problemen der kasachstanischen Staatsbildung: Katrin Benner, Der Vielvölkerstaat Kasachstan. Ethnische Heterogenität in friedlicher Koexistenz? Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 11, Hamburg 1996, und Beate Eschment, Hat Kasachstan ein "Russisches Problem"? Revision eines Katastrophenbildes, unveröffentlichtes Manuskript 1997.

<sup>54</sup> Focus Central Asia, 12/1996, S. 20.

<sup>55</sup> Interview mit Nazarbajev in NG, 11.11.1996.

<sup>56</sup> Focus Central Asia, 12/1996, S. 21.

Tendenzen von "Titulernationalismus", so auf einem Seminar zu Migrationsfragen in Almaty im März 1996. Dort zitierte der Präsident des internationalen Fonds für die Unterstützung demokratischer Reformen in Zentralasien, Nurbulat Masanov, Daten zur Belegung der "Verdrängungsthese". Er führte u.a. Umfrageergebnisse aus fünf Städten (9000 Befragte) an, die Ängste der nicht-kasachischen Bevölkerung vor einem zunehmenden "Titulernationalismus" reflektierten.<sup>57</sup> Neuerdings heben insbesondere Vertreter der Bewegung "Azamat", einer Dachorganisation oppositioneller Kräfte des Landes, die Emigration der Russischsprachigen in ihrer Kritik an der Regierung und dem Präsidenten als einen zentralen Indikator für Fehlentwicklungen in der Transitionsperiode hervor.

*Sprachen- und Bildungspolitik.* In einer Umfrage von 1996 gaben 1,7% der russischen Respondenten an, Kasachisch zu beherrschen (in der Volkszählung 1989: 0,9%). 45% der befragten Russen bekundeten die Absicht, ihre Kasachischkenntnisse zu erweitern, 40% weigerten sich, die Staatssprache zu erlernen. Von den befragten Kasachen gaben 5% an, keine Kasachischkenntnisse zu haben.<sup>58</sup> Das Sprachengesetz von 1989 machte Kasachisch zur Staatssprache und zum Pflichtfach an den Schulen. Gute Kasachischkenntnisse wurden zur Voraussetzung für den Zugang zu den Universitäten des Landes und für die Bekleidung bestimmter Ämter im Staatsdienst und in der Verwaltung. Dabei variierten die Fristen für die Implementierung dieser Bestimmungen von Provinz zu Provinz, je nach der ethnischen Zusammensetzung der lokalen Bevölkerung. In den neunziger Jahren wurden russischsprachige Schulen zunehmend in kasachischsprachige umgewandelt. Dabei wurde das bisherige Übergewicht des Russischen abgebaut. Gegenwärtig sind etwa 75% der Schulen einsprachig (an 37% der Schulen Kasachisch, an 38% der Schulen Russisch als Unterrichtssprache). An einem Viertel der Schulen sind beide Sprachen Unterrichtssprachen, daneben auch Sprachen nationaler Minderheiten wie Usbekisch und Uigurisch.<sup>59</sup> Noch im Schuljahr 1993/94 besuchten 57% der Schüler Kasachstans russische Schulen. Im Grund- und Sekundarschulbereich kann von einer stürmischen "linguistischen Kasachisierung" und Verdrängung des Russischen mithin kaum gesprochen werden. Auch in anderen Bereichen war die russische Sprache noch gut repräsentiert. Von zahlreichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaften in Kasachstan sendeten nur wenige ausschließlich in kasachischer Sprache. Nur 30% der regionalen Zeitschriften erscheinen in kasachischer, 52% in russischer Sprache.<sup>60</sup> 1996 wurde die Sprachenfrage erneut aktualisiert und politisiert, nachdem die novellierte Verfassung vom Dezember 1995 Kasachisch als "Staatssprache" und Russisch als "offizielle Sprache" annähernd gleichgestellt hatte. Einige Kräfte im Parlament bestanden aber auf der Priorität der kasachischen Sprache, die vor allem in den Massenmedien durchgesetzt werden soll. Das Parlament diskutierte ein Projekt für ein neues Sprachengesetz. Danach soll der Status der "Staatssprache" die Verpflichtung für jeden Staatsbürger implizieren, die kasachische Sprache zu beherrschen. Na-

---

<sup>57</sup> Segodnja, 6.3.1996.

<sup>58</sup> Focus Central Asia, 12/1996, S. 23.

<sup>59</sup> Kadyrzhanov, Malinin, Nurmuratov, in: Peace and Security, XXX June 1997, S. 43.

<sup>60</sup> Angaben des stellvertretenden Direktors des Nationalen Politischen Komitees, in: Focus Central Asia, 12/1996, S. 22.

zarbaev wies die Regierung im November 1996 an, ein Gesetzesprojekt mit dem Ziel vorzubereiten, Voraussetzungen für die faktische Etablierung des Kasachischen als Staatssprache zu schaffen. Immer stärker artikulierte die Regierung nun das Schutzbedürfnis für die in sowjetischer Zeit vernachlässigte Landessprache und löste damit in der russischsprachigen Bevölkerung Verunsicherung aus. Dabei richtete sich diese Politik vor allem an Kasachen, die ihre Muttersprache nicht oder nur unzureichend beherrschen. Von einer völligen Verdrängung des Russischen aus dem öffentlichen Leben Kasachstans kann nicht die Rede sein. Es genießen aber eindeutig Russen mit Kasachischkenntnissen Vorrang vor ihren einsprachigen Landsleuten.<sup>61</sup> Fernseh- und Rundfunksender sollen nun mehr Sendezeit für kasachischsprachige Programme reservieren. Im Dezember 1996 wurde auch einer von zwei rußländischen Fernsehsendern in Kasachstan abgeschaltet (RTR) und das Sendevolumen des zweiten (ORT) beschnitten, so daß sich für die Russischsprachigen der Eindruck einer antirussischen Medienpolitik ergab.

*Wirtschaftliche Transformationskrise.* In den letzten zwei Jahren wurde in der Gesamtbevölkerung Kasachstans wachsende Unzufriedenheit mit den sozialen Kosten der Wirtschaftstransformation artikuliert. Eine Konföderation der Gewerkschaften und die oppositionelle Sammelbewegung "Azamat" bündelten den Protest. In diesem Bereich sind aber ethnopolitische und wirtschaftliche Faktoren miteinander verknüpft, denn wirtschaftliche Verschlechterung wird leicht auf eine ethnische Wahrnehmungsebene geschoben und als Benachteiligung aufgrund von Volksgruppenzugehörigkeit empfunden. Nicht-Kasachen sehen sich z.B. bei Versuchen selbständiger Existenzgründung, auf dem Wohnungsmarkt und in anderen wirtschaftlichen Bereichen von kasachischen Bürokraten behindert und interpretieren dies als gezielte Ethnopolitik und Diskriminierung.

*Re-Traditionalisierung, Indigenisierung.* Die Russen und "Russischsprachigen" sind angesichts der Größe ihrer Bevölkerungsgruppen in Kasachstan und der Zweiteilung des Landes in einen autochthonen Südtel und einen osteuropäisch-slawisch geprägten Nordteil weniger als ihre Landsleute in Usbekistan mit der Alternative konfrontiert, sich entweder in das Milieu der "Titulernationalität" zu integrieren oder auszuwandern. Allerdings gibt es auch in Kasachstan in ethnokultureller Hinsicht im Zusammenhang mit veränderten Bevölkerungsproportionen Anzeichen für Re-Traditionalisierung und Indigenisierung. So hat sich z.B. die Zusammensetzung der Religionsgemeinschaften verändert. Nach offiziellen Angaben von 1996 gibt es etwa 30 Glaubensgemeinschaften. Von 1500 Religionsgemeinden sind 45% muslimische und 40% christliche (12% russisch-orthodoxe). Zum Vergleich: 1989 entfielen von 483 registrierten Gemeinden nur 9% auf den Islam. Den größten Teil der Gemeinden bildeten damals Lutheraner und Baptisten (24% bzw. 28%), die in den folgenden Jahren von der Auswanderung der Deutschen stark betroffen wurden.<sup>62</sup> Die Zunahme der muslimischen Gemeinden darf allerdings nicht mit einer tiefgreifenden Islamisierung des Landes gleichgesetzt werden.

---

<sup>61</sup> Benner, Vielvölkerstaat Kasachstan, a.a.O., S. 110.

<sup>62</sup> Alma Sultangalieva, Religion in Transition: The Kazakhstani Experience, in: Central Asia Monitor, 6/ 1996, S. 27-31.

Zur Indigenisierung gehörte auch die Politik der Repatriierung von Auslandskasachen. Etwa ein Drittel (rd. 4,5 Mio.) der ethnischen Kasachen lebt außerhalb Kasachstans in 44 Ländern, allein 1,2 Mio. im benachbarten China (Xinjiang-Uigur). Aus der Mongolei wurden bis 1996 60.000 Kasachen "repatriiert".<sup>63</sup> Diese Politik hat bei den Russischsprachigen das Gefühl ihrer eigenen "Diskriminierung" verstärkt, da den Auslandskasachen im Unterschied zu anderen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft und verschiedene Privilegien gewährt wurden. Seit 1996 ging die Regierung zu einer anderen Politik über, nämlich zur Unterstützung der Auslandskasachen an ihren jeweiligen Wohnorten. Nun setzte Almaty die Priorität auf die Integration der Kasachen in die Gesellschaften ihrer Heimatländer unter Wahrung ihrer kulturellen Identität.

### 3.2 Kirgistan

In Hinsicht auf seine ethnischen Bevölkerungsstrukturen und Migrationsvorgänge nimmt Kirgistan eine Mittellage zwischen Kasachstan und den mittelasiatischen Republiken ein. Die Veränderungen der ethnischen Bevölkerungsproportionen zwischen 1989 und 1995 waren auffallend: Der Bevölkerungsanteil der Russen sank von 21,5% (916.500) auf 16,2% (720.000), der ukrainische von 2,5% auf 1,7%, der weißrussische von 2,2% auf 1,1%. Am stärksten verminderte sich, wie in Kasachstan, das deutschstämmige Bevölkerungssegment – von 2,4% (101.300) auf 0,6% (26.000).

Aus der Sicht der russischen Quellen über Migration und die Situation der "Russischsprachigen" in Zentralasien weist Kirgistan zwei Besonderheiten auf: Hier waren die Emigration und die sie auslösenden ethnopolitischen Faktoren vorübergehend am stärksten ausgeprägt, sieht man von der Situation in Tadschikistan einmal ab, und hier reagierte die Regierung am deutlichsten auf diese Prozesse durch Korrekturen auf migrationsrelevanten politischen Handlungsfeldern. Russische Untersuchungen machten für die Periode bis Sommer 1994 in Kirgistan starke Tendenzen von "Ethnokratie" und "Titulernationalismus" aus.<sup>64</sup> Auch Präsident Akaev beklagte damals derartige Tendenzen, die sich besonders in nationalistischen Fraktionen im Parlament manifestierten, wies aber gleichzeitig auf Bemühungen des unabhängig gewordenen kirgisischen Staats um ethnische Integration hin.<sup>65</sup>

In westlichen Quellen wurde meist ein Bild präsentiert, in dem sich Kirgistan als tolerantes und pluralistisches Land, als „Insel der Demokratie" in Mittelasien hervorhob.<sup>66</sup> Es wird darauf hingewiesen, daß Ethnizität hier nicht zum Sprengsatz für regionale Stabilität geworden ist, obwohl die blutigen Konflikte in der Provinz Osch im Sommer 1990 einen düsteren Schatten auf die Perspektive dieses Landes geworfen hatten. Die wesentliche Ursache für

---

<sup>63</sup> Gjul'nar Mykanova, Migracii kazachov v Central'noj Azii: vzgljad v prošloe i popytka prognozirovanija, in: Vestnik Evrazii, 2/1996, S. 64-73.

<sup>64</sup> Grigorij Pjaduchov, Kirgizija: političeskij faktor vynuždennoj migracii, in: G. Vitkovskaja (Red.), Migracija russkojazyčnogo naselenija..., Moskovskij Centr Karnegi 1996, S. 131-142, hier S. 132.

<sup>65</sup> Askar Akaev, Izbrannye vystuplenija i reči, Biškek 1995, S. 104; zit. von Pjaduchov, S. 132.

<sup>66</sup> Paul Kubicek, Building Social Tolerance: The Case of Kyrgyzstan, in: Central Asia Monitor, 5/1996, S. 16-19.

interethnische Spannungen sichten westliche Quellen in der Wirtschaftskrise der Transitionsphase, die in Kirgistan bis 1995 dramatische Ausmaße angenommen hatte. Schon dem Konflikt in Osch sollen seinerzeit vor allem wirtschaftliche Motive zugrunde gelegen haben.<sup>67</sup> Vor allem wurde die staatsbürgerlich-integrative Orientierung des Präsidenten betont, die sich allerdings anfangs gegenüber nationalistischen Strömungen nicht recht durchsetzen konnte. Durch die Erweiterung seiner Machtbefugnisse habe sich der Präsident dann in die Lage versetzt, sich besser gegenüber ethnokratischen Tendenzen für den Erhalt polyethnischer Stabilität durchzusetzen.<sup>68</sup> Die "Präsidialautokratie" rettete nach dieser Darstellung die Grundlage für Pluralismus und ethnischen Frieden in Kirgistan. Dazu gehörte auch die Bereitschaft in der kirgisischen Außenpolitik, mit Rußland zusammenzuarbeiten. So wurden russisch-kirgisische Joint-ventures geschaffen, durch die sich der Arbeitsmarkt für die Russischsprachigen wieder verbesserte. Offensichtlich hat diese Politik die Russischsprachigen im Lande etwas beruhigt und die anfangs starke Emigration reduziert. Ergebnisse einiger Meinungsumfragen unter Bürgern Kirgistans aus unterschiedlichen Volksgruppen lassen eine gewisse Entspannung erkennen.<sup>69</sup>

Ein russischer Autor unterscheidet drei Hauptetappen der Einwirkung von Ethnopolitik auf die Migrationsprozesse in Kirgistan:

1. Die Periode von 1989 bis Dezember 1991 mit der Annahme des Sprachengesetzes, der Entstehung gesellschaftlicher Bewegungen nach nationalen Verteilungsmustern, blutigen Konflikten zwischen Kirgisen und Usbeken in der Provinz Osch, dem Ausbruch nationalis-

---

<sup>67</sup> Martha Brill-Olcott, *Ethnic Violence in Central Asia: Perceptions and Misperceptions*, in: Ronald Sagdeev, Susan Eisenhower, Chevy Chase: Center for Post-Soviet Studies 1995.

<sup>68</sup> Akaev widersetzte sich einer Maßnahme, durch die der zur Privatisierung anstehende Boden zum "Eigentum des kirgisischen Volkes" erklärt werden sollte; Pässe der Staatsbürger Kirgistans sollten fortan keinen Ethnizitätsvermerk enthalten, zu den bildungspolitischen Maßnahmen der Integration hatte schon vorher die Gründung einer "Slawischen Universität" in Bischkek gehört.

<sup>69</sup> Eine Umfrage unter 1.000 Respondenten im August 1995 zeigte folgende Ergebnisse: 35% der Respondenten halten Staatsbürgerschaft für wichtiger als Volkszugehörigkeit (23% umgekehrt, 31% halten beides für wichtig); 85% beschreiben die interethnischen Beziehungen als "freundschaftlich" oder "normal", nur 12% als "gespannt"; dennoch schließen 26,4% interethnische Gewalt als Gefahr nicht aus; als Hauptfaktoren für Spannungen nennen 74,5% massenhafte Arbeitslosigkeit, 72,5% Kriminalität, 44% Wirtschaftskatastrophen. Die Variation im Antwortverhalten von Kirgisen, Russen und Usbeken ist gering. Siehe Kubicek, a.a.O., S. 17. Bei einer Umfrage von 1996 unter 500 repräsentativ ausgewählten russischen Respondenten in Bischkek ergibt sich folgendes Bild: Knapp 40% charakterisieren die interethnischen Beziehungen als "ruhig", 43% als "nicht immer freundschaftlich" und nur 5% als "gespannt" oder "konflikthaft". Auf die Frage, ob die Regierung die Kontrolle über die interethnischen Beziehungen wahre, antworteten mehr als 50% eher positiv und nur 13% negativ. Nur 6,4% bekundeten Ausreisebereitschaft; 23% wollen in Kirgistan bleiben und mehr als 50% nur im Falle scharfer Konflikte auswandern. Slovo Kyrgyzstana, 14.-15.6. 1996, S. 6. Siehe dagegen: V. Višnevskij (Präsident des Slawischen Fonds in Kirgistan), *Bežency i vynuždennye pereselency v gosudarstvach SNG*, in: Respublika, 19.9.1995 mit Hinweisen auf eine Meinungsumfrage von 1994. Danach tauchten unter der russischsprachigen Bevölkerung in Bischkek, Tokmak und anderen Gebieten Kirgistans noch massive Ängste vor einer Verschlechterung der interethnischen Situation und vor zunehmender Rechtlosigkeit der Minderheiten auf.

tischer Stimmung beim 75. Jahrestag des Aufstands von 1916<sup>70</sup> und der Auflösung der UdSSR.

2. Die Periode vom Dezember 1991 bis Juni 1994 mit der Bildung der GUS, der Annahme einer neuen Republikverfassung, Deklarationen über die Priorität der Interessen der Titularnationalität, Präferenzen für ein "kirgisches Unternehmertum", Präferenzen für Kirgisen bei der Besetzung von Staats- und Verwaltungsorganen, der Demontage großer Industriekomplexe mit überwiegend russischen Belegschaften und der Einführung der Nationalwährung Som. In dieser Periode liegt der Höhepunkt der Emigration.
3. Die Periode seit Juni 1994 mit Verbesserungen der ethnopolitischen Bedingungen für die russischsprachige Bevölkerung: Der kirgisischen Elite wird bewußt, daß die Emigration der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt und die politischen Beziehungen zu Rußland belastet. Diese Einsicht führt zu Korrekturen in migrationsrelevanten politischen Handlungsfeldern. Die Losung "Kirgistan – unser gemeinsames Haus" wird propagiert. Als wichtigste Zäsur ist das Präsidentendekret vom 14. Juni 1994 "Über Maßnahmen zur Regulierung der Migrationsprozesse in der Kirgisischen Republik" anzusehen. In anderthalb Jahren bis Ende 1995 wanderten nur noch 80.000 Personen aus.<sup>71</sup>

Zu Beginn des Jahres 1997 meldete ITAR-TASS, daß die Emigration von Russen aus Kirgistan 1996 auf ein Rekordtief von 20.000 gefallen sei. Die Leiterin des kirgisischen Migrationsressorts führte die Abnahme der Emigrationsrate auf die ethnopolitischen Maßnahmen der Regierung zurück und hob dabei die Gründung der Slawischen Universität in Bischkek und sprachenpolitische Korrekturen hervor.<sup>72</sup> Zum ersten Mal seit fünf Jahren war 1996 auch wieder eine nennenswerte Immigrationsrate nach Kirgistan zu verzeichnen. 6.000 Russischsprachige wanderten in das Land ein.<sup>73</sup>

In der frühen Phase der Implementierung des Sprachengesetzes entstanden Härten für die russischsprachige Bevölkerung und Hindernisse für das Funktionieren bestimmter Dienstleistungs- und Produktionsbereiche, die nach dem Präsidentendekret vom 14. Juni 1994 beseitigt oder zumindest abgemildert wurden. Russisch wurde wieder zur offiziellen Sprache in jenen Gebieten und Kollektiven, in denen Russen eine Mehrheit bilden. In der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft zeigte Präsident Akaev Verständnis für "unsere ethnischen Russen".<sup>74</sup> Unter den Präsidenten Zentralasiens neigte er sich der Regelung, wie sie zwischen Turkmenistan und Rußland besteht, am weitesten zu. Wie in Kasachstan fühlte sich auch hier die russischsprachige Bevölkerung von der Verwaltung und den politischen Entscheidungen zunehmend abgekoppelt. Ihre Repräsentanz in den legislativen Organen sank sowohl auf

---

<sup>70</sup> Dazu besonders: Valentin I. Buškov, Georgij Ju. Sitnjanskij, Russen und Russischsprachige in Zentralasien. Eine russische Sicht, Sonderveröffentlichung des BIOst, Februar 1997, S. 12.

<sup>71</sup> G. Pjaduchov, Kirgizija: političeskij faktor vynuždennoj migracii, in: Migracija ruskojazyčnogo naselenija iz Central'noj Azii, a.a.O., S. 83-130.

<sup>72</sup> ITAR-TASS, Moscow, in English 1658 gmt 3 Jan 1997; SWB SU / 2810 G/4.

<sup>73</sup> SWB SU / 2824 G/3.

<sup>74</sup> Akaev, Izbrannye vystuplenija i reči, S. 110.

zentraler als auch auf lokaler Ebene. In dem 1995 gewählten Parlament waren die nicht-kirgisischen Bevölkerungsteile (41% der Bevölkerung) mit nur 19% der Parlamentssitze repräsentiert. In das Unterhaus (Žogorku Keneš) wurden 85 Kirgisen (81%), acht Usbeken, sechs Slawen, ein Deutscher und vier Vertreter anderer Volksgruppen gewählt.

Kirgistan hat noch andere Migrationsprobleme als die inzwischen reduzierte Auswanderung der Russischsprachigen. An erster Stelle nennen die Behörden in Bischkek hier die Anwesenheit von Flüchtlingen aus Tadschikistan<sup>75</sup>, Tschetschenien und anderen Konfliktzonen der GUS und die wachsende Zahl von Aufnahmeanträgen durch Flüchtlinge aus Ländern außerhalb der GUS. Mitte 1996 nennt eine kirgisische Quelle folgende Zahlen: 15.000 Flüchtlinge waren offiziell registriert, neben Tadschiken hauptsächlich Russen, Tschetschenen, Georgier und Afghanen. Daneben hielten sich aber weitere 20.000 Flüchtlinge aus Tadschikistan unregistriert im Lande auf. 23.000 kirgisische Zwangsumsiedler wurden durch Naturkatastrophen aus ihren Heimatdörfern vertrieben. 116.000 junge Kirgisen wurden durch Arbeitslosigkeit zur Migration innerhalb des Landes gezwungen.<sup>76</sup> Kirgistan arbeitet unter den zentralasiatischen Staaten am engsten mit dem UNHCR und internationalen Flüchtlingsorganisationen zusammen. Es trat im Juni 1996 den UN-Konventionen über Flüchtlinge bei und arbeitet nun eine nationale Flüchtlings- und Migrations-Gesetzgebung aus.<sup>77</sup> In Bischkek wurde ein regionales Migrationszentrum gegründet und tagten mehrere Migrationsseminare und internationale Konferenzen.

### 3.3 *Usbekistan*

In Usbekistan, einem Staat mit heute 23 Mio. Einwohnern, machen die Usbeken (17 Mio.) die absolute Bevölkerungsmehrheit in allen Landesteilen mit Ausnahme der autonomen Republik Karakalpakstan im Westen des Landes aus. Zu Beginn der neunziger Jahre verstärkte sich auch hier die Emigration aus nichtautochthonen Minderheitengruppen der Republikbevölkerung merklich. 1989-1990 wanderten mehr als 393.000 Personen aus Usbekistan aus. Dem stand eine Einwanderung von knapp 160.000 gegenüber. Unter den Auswanderern von 1990 waren knapp 28% Russen, 12% Tataren, je 10% Juden und Krimtataren, unter den Einwanderern bildeten Russen, Kasachen und Tataren die größten Gruppen<sup>78</sup> Die Auswanderung der Krimtataren fiel dabei in die Kategorie der Rückkehr ehemals deportierter Völker in ihre historische Heimat. Auffallend stark war die Auswanderung von Juden. Die jüdische Emigrati-

---

<sup>75</sup> Zu den Flüchtlingen aus Tadschikistan siehe Interview mit Präsident Akaev in NG, 24.12.1996: Der Bürgerkrieg in dem Nachbarland zwingt Kirgistan, einen ganzen Komplex schwieriger Probleme zu regeln. Neben dem Flüchtlingsproblem zählen dazu insbesondere die Durchlässigkeit der Grenzen in Zentralasien, der wachsende Drogentransfer über Tadschikistan. In zwei Gebieten Tadschikistans – in Džirgatal und Murgab – lebt eine kirgisische Minderheit von rd. 50.000 Personen. Die kirgisische Regierung leiste diesen Menschen Hilfe, um die Spannungen im Grenzgebiet zu mildern. Die Gefahr einer Destabilisierung Südkirgistans (Provinz Osch) durch die Nachbarschaft zu Tadschikistan war der Anlaß gemeinsamer Militärmanöver mit russischen Truppen in diesem Landesteil im Frühjahr 1997.

<sup>76</sup> Respublika, 13.-14.8.1996, S. 2.

<sup>77</sup> Focus Central Asia, 7/1996, S. 54.

<sup>78</sup> O. Ata-Mirzaev, Migracija i provokacija, in: Pravda vostoka, 20.1.1991.

on<sup>79</sup> zielte im Unterschied zu der anderer Migrantengruppen in ein "fernes Ausland", nach Israel oder in die USA. Schon in dieser frühen Phase der verstärkten Auswanderung tauchten Klagen über ihre Auswirkung auf bestimmte Produktions- und Dienstleistungsbereiche auf. Ein usbekischer Autor schilderte z.B. in der "Izvestija" die Probleme, die durch die Abwanderung russischer, jüdischer und deutscher Ärzte im Gesundheitswesen der Städte Kokand und Fergana entstanden waren.<sup>80</sup> Dabei hatte gerade die medizinische Versorgung in Mittelasien schon vor dieser Zuspitzung der Emigration im Mittelpunkt von Berichten der sowjetischen Presse über Entwicklungsdefizite in der Region gestanden. In der usbekischen Republikpresse wehrte man sich allerdings gegen die Bezeichnung "Massenflucht" für die verstärkte Emigration und wies darauf hin, daß es immer noch auch gegenläufige Migration, z.B. die Einwanderung von Russen nach Usbekistan (1989: 23.300, 1990: 43.000) gebe.<sup>81</sup> 1994 wurde die Emigration von Russischsprachigen aus Usbekistan nach Rußland in den vergangenen drei Jahren mit durchschnittlich 90.000 pro Jahr beziffert, die Re-Migration mit 25%.<sup>82</sup>

Die frühe Auswanderungswelle stand im Zusammenhang mit blutigen interethnischen Konflikten, die sich in den Jahren 1989 und 1990 im usbekischen und kirgisischen Teil des Ferganatal ereignet hatten. Zu dieser Zeit waren Usbeken in verschiedene interethnische Konflikte in Zentralasien involviert. In Usbekistan hob sich vor allem das Ferganatal als die Region mit der höchsten Gewalt- und Konflikthanfälligkeit hervor. Vor dem demographischen Hintergrund der höchsten Bevölkerungsdichte in Zentralasien und besonders schillernder ethnischer Gemengelage waren in dieser Region die stärksten Aktivitäten nationaler und religiöser Erweckungsbewegungen lokalisiert.<sup>83</sup> Es gelang den Regierungen Usbekistans und Kirgistans, eine Ausweitung grenzüberschreitender ethnischer Konflikte zu verhindern, wobei ein persönliches Verdienst den beiden Präsidenten Karimov und Akaev zugeschrieben wurde. Die Wahrung polyethnischer Stabilität wurde in der folgenden Zeit zu einem Hauptlegitimationsmittel für eine straffe Präsidialregierung, für ein zentralasiatisches "Law and Order"-Modell, das von Islam Karimov verkörpert wurde. Die Turbulenzen in der Endphase der Sowjetunion wirkten nachhaltig auf die ethnopolitischen Strategien der Macheliten ein und stellten sie mit ihrem Bestreben, Stabilität zu wahren oder wiederherzustellen, vor ein Aufgabenfeld mit ambivalenten Zielen: Man mußte die nationale Identität des unabhängig gewordenen Staats definieren und stärken, ohne dabei die "nichttitularen" Bevölkerungsgruppen abzuschrecken; man mußte die Integration ethnischer Minderheiten betonen, ohne nationalistische Reaktionen aus der "Titulernationalität" hervorzurufen. Ethnopolitik wurde zum Spagat zwischen einer "usbekischen" und einer "usbekistanischen" Staatsidentität. Dabei war streng ge-

---

<sup>79</sup> Bei den Juden in Usbekistan ist zwischen den Buchara-Juden, die seit einem Jahrtausend in Mittelasien ansässig sind, und den ashkenasischen Juden, die sich hauptsächlich in den sechziger und siebziger Jahren in den Großstädten der Region angesiedelt haben, zu unterscheiden. Die erste Gruppe ist der usbekischen Sprache und Kultur weitgehend angepaßt.

<sup>80</sup> Š. Zajnutdinov, Kto uezžaet i kto ostaetsja, Izv., 11.9.1990.

<sup>81</sup> O. Ata-Mirzaev, Demografija i Politika, Pravda vostoka, 11.3.1991.

<sup>82</sup> Rossijskie vesti, 10.2.1994, S. 2.

<sup>83</sup> Daria Fane, Ethnicity and Regionalism in Uzbekistan, in: Leokadija Drobizheva u.a. (Hrsg.), Ethnic Conflicts in the Post-Soviet World, M.E.Sharpe, Armonk, New York, London 1996, S. 271-301, bes. 274ff.

nommen nicht einmal die "Titulernationalität" eindeutig definiert. "Die ethnische Designation 'usbekisch' verweist nicht auf eine einzige, einheitliche Identität, weil hier signifikante regionale Unterschiede existieren".<sup>84</sup> Dies gilt in noch stärkerem Maße für andere zentralasiatische Titulernationalitäten. In der usbekischen Elite gab es in der sowjetischen Vergangenheit und verstärkt beim Übergang in die Unabhängigkeit Macht- und Interessenkonflikte zwischen regionalen Klientelen und Clans, die es bei der nachsowjetischen Staatsbildung auszubalancieren galt. Die Regierung unter Präsident Karimov widmete sich so intensiv wie keine andere Regierung in Zentralasien der nationalen Identitätsbildung, ohne dabei die Spannung zwischen "usbekisch" und "usbekistanisch" überwinden zu können. Usbekistan präsentierte sich als eine moderne Nation mit einem reichen und alten mittelasiatisch-islamischen Kulturhintergrund, wobei auf die polyethnische Bevölkerung historischer Staats- und Reichsbildungen auf seinem Territorium hingewiesen und ein primitiver Ethnonationalismus abgelehnt wurde. Als nationalistische Gruppierung wurde von der Regierung in den frühen neunziger Jahren vor allem die Bewegung und Partei "Birlik" ausgemacht und verfolgt. Die zentralen Symbole, die für die nachsowjetische Nationsbildung offiziell bemüht wurden – allen voran die Rückbesinnung auf Timur Lenk – sind aber kaum geeignet, die nichtautochthone Bevölkerung zur Identifikation mit dem neuen Usbekistan einzuladen. Ein ähnliches Problem besteht in Hinblick auf den Islam. Da wurden einerseits islamische Symbole in die Nationsbildung gezielt einbezogen; andererseits legitimierte die Regierung ihr rigides Vorgehen gegen diverse Oppositionskräfte mit einem "Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus" und verunsicherte mit diesem Hinweis die russischsprachige Bevölkerung noch zusätzlich. Auch die Nähe zum staatlichen Zerfall Tadschikistans und zu den dortigen Kämpfen, die in Taschkent als Ansturm des islamischen Fundamentalismus interpretiert und zur Legitimation der eigenen Präsidialautokratie hervorgehoben wurden, verstärkte vermutlich die Auswanderungsbereitschaft.

Die oben zitierten Meinungsumfragen von 1994/95 zeigten, daß in Usbekistan die Migrationssituation gegen Mitte der neunziger Jahre gespannter war als in Kirgistan und Kasachstan, obwohl dieses Land sich seiner Stabilität und einer im Vergleich zur Transformationskrise der Nachbarn relativ günstigen Wirtschaftsentwicklung rühmte und Anzweifelungen dieser Selbstdarstellung beleidigt zurückwies. Die Gründe für die Auswanderung lagen stärker im Bereich kultureller Entfremdung als in der Angst vor Instabilität oder dem Unbehagen an einer undemokratischen Entwicklung des Landes. Diese Entfremdung mußten russischsprachige Bevölkerungsteile in jenem Land Zentralasiens, das die stärksten Ressourcen für die Selbstbestätigung seiner autochthonen Kultur hat, zwangsläufig empfinden. Einen wesentlichen Anteil an ihr hatte die bereits seit den achtziger Jahren gewachsene interethnische Konkurrenz um qualifizierte Arbeitsplätze. In Usbekistan hatte der Aufstieg professioneller Eliten aus der Titulernationalität bei der russischsprachigen Bevölkerung das Gefühl ihrer eigenen Verdrängung und Degradierung verstärkt. Aus demoskopischen Untersuchungen wurde deutlich, daß sich Aversionen zwischen Usbeken und Russen besonders in Gebieten verstärkter

---

<sup>84</sup> Ebenda, S. 273.

interethnischer Konkurrenz zeigten.<sup>85</sup> Die Russen, die nach ihrem Selbstverständnis einst als "Kulturträger" ins Land gekommen waren und Distanz zur einheimischen Bevölkerung gehalten hatten, standen vor der schwierigen Aufgabe zu begreifen, daß sie nun eine Minderheit in einem unabhängig gewordenen, zunehmend selbstbewußten Land mit einer ihnen fremden Kultur waren. Allerdings bleibt das Land weiterhin auf seine nichtautochthonen Minderheiten angewiesen. "Denn in der Gegenwart", so schrieb ein Experte für Demographie aus Taschkent 1992, "entfallen auf die 'nicht-autochthone' Bevölkerung der Republik folgende Quoten an Facharbeitern und Spezialisten: 57,6% der Dreher, 61,8% der Feinmechaniker und Konstrukteure medizinischer Instrumente, 57,5% der qualifizierten Chemiarbeiter usw."<sup>86</sup>

Auch in Usbekistan stand die Sprachengesetzgebung zu Beginn des Unabhängigkeitsprozesses im Mittelpunkt ethnopolitischer Diskurse.<sup>87</sup> Wie in den zitierten Meinungsumfragen von 1994/ 1995 deutlich wurde, wirkten die Sprachbarrieren für die russischsprachige Bevölkerung noch stärker als in den Nachbarländern als Katalysator der Auswanderung, weil Usbekisch unter allen neuen Staatssprachen Zentralasiens das größte Potential für die Etablierung als Geschäfts-, Amts-, Kultur- und Alltagssprache hat.

### 3.4 Turkmenistan

Am schlechtesten ist die Migrationssituation in Turkmenistan dokumentiert. Das entspricht dem Grad der Informations- und Meinungsfreiheit, der unter der Präsidialmonarchie des "Turkmenbaschi" von allen zentralasiatischen Staaten am niedrigsten ist. Das Regime will Turkmenistan als eine "Insel der Stabilität" und als ein Land mit grandiosen Zukunftsaussichten darstellen, und in dieses Bild würde eine verstärkte Emigration von Minderheiten nicht passen.

In Turkmenistan ist die Verstärkung der Russen und Russischsprachigen und ihre Konzentration in bestimmten Produktionsbranchen (Ergasindustrie) besonders kraß ausgeprägt. Die nichtautochthone Bevölkerung (1989:16,5%) ist angesichts der vorläufig noch bestehenden "ethnischen Arbeitsteilung" – nur 6% der Turkmenen waren 1989 in der Industrie beschäftigt – für den Auf- und Umbau der Wirtschaft des Landes unverzichtbar. Mit seinen ethnopolitischen Aussagen will das Regime jeden Verdacht zerstreuen, die Situation im Lande erzeuge irgendeinen Migrationsdruck. Im Zusammenhang mit einem Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Rußland wurden eine Reihe von bilateralen Einzelabkommen geschlossen, unter denen die Regelung über doppelte Staatsbürgerschaft für Russen in Turkmenistan (damals rd. 300.000) und Turkmenen in Rußland (40.000) von 1993 herausragte. Nach russischer Sicht war damit Turkmenistan derjenige Staat in der GUS, der in seiner Ethnopolitik als

---

<sup>85</sup> Sergei Nikolaev, *Russians in Uzbekistan*, S. 114.

<sup>86</sup> A.Taksanov, *Maločislennye narody v uslovijach gosudarstvennoj nezavisimosti*, in: *Narod i demokratija*, Ijun'-avgust 1992, S. 56.

<sup>87</sup> Zur Sprachensituation in Usbekistan ausführlich: Vladimir Mesamed, *Linguistic situation and language policy in the Republic of Uzbekistan*, in: *Orient*, 1/1997, S. 143-156; William Fierman, *Independence and the Declining Importance of Language Law Implementation in Uzbekistan*, in: Yaacov Ro'i (Ed.), *Muslim Eurasia. Conflicting Legacies*, Frank Cass London 1995, S. 205-231.

erster den Weg der "zivilisierten Scheidung" eingeschlagen hat. In Zentralasien war er zugleich derjenige Staat, der sich diesen Weg auch am ehesten leisten konnte, da hier die Zahl der Russen am niedrigsten ist und keine separatistischen oder irredentistischen Tendenzen in diesem Bevölkerungsteil zu befürchten sind. Für andere ethnische Minderheiten, z.B. die usbekische, ist die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft nicht vorgesehen. Zu den bilateralen Regelungen mit Rußland gehörte auch ein Dokument "Über die Regulierung von Umsiedlung und den Schutz der Rechte von Umsiedlern". Moskau dachte auch an die Eröffnung einer Filiale des russischen Migrationsdiensts in Aschgabad.<sup>88</sup>

Doch die Migrations- und Ethnopolitik Turkmenistans zeigte auch eine andere Seite. Die Behörden versuchten, die Auswanderung von Russen und Russischsprachigen durch restriktive administrative Maßnahmen niedrig zu halten. Vor allem ein auf zehn Jahre befristetes Verbot des Kaufs und Verkaufs privatisierten Wohneigentums, das sich der offiziellen Begründung nach gegen Spekulanten und nicht gegen gewöhnliche Bürger richtete, wirkte sich migrationshemmend aus. In dem Maße, wie sich in Aschgabad Ausländer aus Geschäftsgründen niederlassen, kann dieses Verbot aber durch die Vermietung von Wohnungen umgangen werden. Potentielle Auswanderer erlangen dadurch die finanziellen Mittel für ihre Ausreise und behalten ihr Wohneigentum für den Fall der Rückkehr nach Turkmenistan.<sup>89</sup> Trotz der restriktiven Maßnahmen emigrieren jährlich etwa 12.000 Personen.<sup>90</sup> Die Russen haben nach 1989 den Rang der zweitstärksten Volksgruppe in Turkmenistan an die usbekische Minderheit abgetreten. (1989 betrug der Bevölkerungsanteil der Russen 9,5%, der usbekische 9%). Entgegen den sozialen Versprechungen und Stabilitätsparolen des Regimes ist der Lebensstandard der Bevölkerung gesunken. 1996 entsprach der Durchschnittslohn dem Kurswert von 12 US \$.<sup>91</sup> Wie im Falle anderer zentralasiatischer GUS-Staaten wirkte auch in Turkmenistan die Sprachenpolitik als Katalysator für die Auswanderung der nicht-titularen Bevölkerungsteile. Russisch erhielt zwar im "Gesetz über die Sprache" den Status einer "Sprache der interethnischen Verständigung", wurde aber in der Verfassung vom Mai 1992 statusmäßig nicht definiert. Für eine Übergangszeit bis 1998 sollte es noch mit dem Turkmenischen gleichberechtigt sein, doch etliche Bestimmungen des Sprachengesetzes galten nur bis 1996. So herrscht auf der einen Seite Verunsicherung über den Status der russischen Sprache, und begann ein Prozeß der Verdrängung des Russischen aus dem Bildungs- und Verwaltungswesen; auf der anderen Seite wurden nicht die erforderlichen Voraussetzungen für den raschen Erwerb turkmenischer Sprachkenntnisse geschaffen. Außerdem fühlte sich die russischsprachige Bevölkerung vom russischen Informationsraum abgeschnitten, als 1993 die Sendezeiten des staatlichen Rundfunks und Fernsehens der Russischen Föderation in Turkmenistan beschnitten wurden. Das Pressewesen ist für alle Bürger des Landes dürftig und völlig regierungsabhängig; für die Russischsprachigen beschränkt es sich auf die Republikzeitung "Turkmenskaja iskra"

---

<sup>88</sup> Ebenda, Turkmeny. Naučno-publicističeskij al'manach, Janvar'-fevral' 1996, S. 57f.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 56.

<sup>90</sup> Valtin I. Buškov, Georgij Ju. Sitnjanskij, Russen und Russischsprachige in Zentralasien. Eine russische Sicht., Sonderveröffentlichung des BIOst, Februar 1997, S. 19-22.

<sup>91</sup> Focus Central Asia, 9/1996, S. 51f.

und einige russischsprachige Lokalzeitungen in den Städten Aschgabad, Mary, Tschardschou und Taschhaus (Taschchowuz).

### 3.5 Tadschikistan

Die chaotischen Verhältnisse in Tadschikistan haben den Migrationsprozessen in den neunziger Jahren hier den Charakter von Flucht verliehen und lassen die Migrationsdaten als besonders unzuverlässig erscheinen. Zahlenangaben durch die Behörden des Landes, durch die russische Botschaft in Duschanbe, durch nichtstaatliche Flüchtlingsorganisationen und durch den Migrationsdienst in Rußland divergieren. Tadschikistan sticht außer durch seine kriegerischen Konflikte noch durch andere migrationsrelevante Besonderheiten hervor: Hier war der Anteil der "nichtautochthonen", Bevölkerung am Ende der sowjetischen Periode mit 12,3% am niedrigsten unter den fünf zentralasiatischen Staaten. 1989 waren von den fünf Mio. Einwohnern etwa 62% Tadschiken, 23,5% Usbeken, 7,6% Russen, 1,4% Tataren und 1,3% Kirgisen. Das Gefühl der Entfremdung und Ungeschützttheit war hier unter der "europäischen" Bevölkerung also besonders stark. Zudem ging in Tadschikistan die Angst vor einer Islamisierung stärker um als in den benachbarten "muslimischen" Unionsrepubliken. Das Regime nutzte diese Angst, empfahl sich der russischsprachigen Minderheit als Bollwerk gegen "islamische Opposition" und wurde von ihr massiv unterstützt. Hier war andererseits der Anteil der Titularnation an der Migration durch die Flucht von Zigtausenden Tadschiken mit Abstand am höchsten. Tadschikistan war dafür verantwortlich, daß die grenzüberschreitende Migration in Zentralasien nicht auf die Auswanderung der Russen und Russischsprachigen aus der Gesamtregion beschränkt blieb, sondern Fluchtbewegungen in der autochthonen Bevölkerung mit einschließt.<sup>92</sup>

Schon vor Ausbruch der Kriegshandlungen zwischen Regierung und Opposition in der zweiten Jahreshälfte 1992 hatte sich eine kontinuierliche Emigration aus Tadschikistan zugespitzt. Im Februar 1990 war es in der Hauptstadt Duschanbe zu Tumulten mit teilweise ethnischen Hintergründen gekommen, bei denen Todesopfer zu beklagen waren. Demoskopische Untersuchungen machten damals unter den Ursachen für die verstärkte Auswanderung Angst vor interethnischen Konflikten (20%), die veränderte Sprachensituation (11,6%) und die Verschlechterung des Lebensstandards (10,5%) als Hauptgründe aus.<sup>93</sup> Tadschikistan war schon damals nach der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen die nationale Ge-

---

<sup>92</sup> Nach Schätzungen des UNHCR befanden sich 1996 16.000 Flüchtlinge in Kasachstan, davon 10.000 ethnische Kasachen aus Tadschikistan und 2000 Afghanen, 30.000 tadschikische und 8000 afghanische Flüchtlinge in Usbekistan und bis zu 20.000 in Kirgistan. Am geringsten war die Zahl der Flüchtlinge in Turkmenistan. Interfax, in English 0842 gmt 25 July 1996, SWB SU / 2674 G/1.

<sup>93</sup> Moskau (ADN), 19.9.1990.

bietseinheit der Sowjetunion mit dem höchsten in Meinungsumfragen bekundeten Auswanderungspotential.<sup>94</sup>

Unter den Auswanderern befanden sich besonders die für den Aufbau des Landes dringend benötigten Spezialisten wie Ärzte, Ingenieure und Vertreter anderer qualifizierter Berufsgruppen. Im Herbst 1993, ein Jahr nach Ausbruch der Kriegshandlungen, gab eine nichtstaatliche Gesellschaft für Flüchtlingshilfe namens "Umed" (Hoffnung) die Gesamtzahl der Flüchtlinge und Zwangsumsiedler tadschikischer und anderer Volkszugehörigkeit, die Tadschikistan seit Ende 1992 verlassen hatten, mit 778.000 an. Davon hatten sich 144.500 nach Rußland begeben, etwa 100.000 nach Afghanistan, 55.000 in die Ukraine und 35.000 nach Belarus. Dabei wurde eingeräumt, daß diese Statistik einige Bevölkerungsteile und Minderheiten (Usbeken, Koreaner, Osseten, Kirgisen u.a.) nicht berücksichtigte, ebensowenig die Flüchtlingsströme nach Iran und in andere Drittländer. Insgesamt sei daher die Zahl der Flüchtlinge noch höher anzusetzen.<sup>95</sup> Der russische Botschafter in Duschanbe teilte im Sommer 1996 mit, seit 1991 seien 450.000 Russischsprachige aus Tadschikistan ausgewandert.<sup>96</sup> Im April 1994 hatten Mitarbeiter der russischen Botschaft in Duschanbe bekannt gegeben, daß sich die Abwanderung der Russischsprachigen deutlich vermindert habe, aber nicht etwa aufgrund einer Stabilisierung der Lage in Tadschikistan, sondern wegen fehlender Auswanderungsmöglichkeiten, insbesondere aufgrund von Schwierigkeiten beim Wohnungsverkauf. In den letzten vier Jahren sei die Zahl der Russischsprachigen auf etwa 100.000 gesunken. Von diesem Rest lebten 80% in der Nordprovinz Leninabad, die außerhalb der Kampfgebiete liegt. Aus der Südprowinz Chatlon, dem Kerngebiet des Bürgerkriegs, seien alle Russen inzwischen ausgewandert.<sup>97</sup> Durch diese Massenemigration wurde ein Hauptargument, mit dem Außenminister Kozyrev das russische Militärengagement in Tadschikistan legitimierte, nämlich daß es dort die russische Kolonie zu schützen gelte, zunehmend entkräftet. Mit Blick auf die russische Restbevölkerung in diesem Land wuchs in Rußland die Kritik an einem krassen Mißverhältnis zwischen der finanziellen und militärischen Unterstützung Tadschikistans durch Rußland und der Politik Duschanbes gegenüber den russischen und russischsprachigen Minderheiten. Ein Zeitungsartikel titelte: In Tadschikistan, das völlig von der Hilfe Moskaus abhängt, wird bald keine einziger Russe mehr sein.<sup>98</sup> Im Mittelpunkt der Kritik stand die Sprachenpolitik, die Schließung von Schulen und Bildungsanstalten und die materielle Situation der russischen Restbevölkerung. "Die in der Republik verbliebenen Russen, hauptsächlich Rentner und Invalide, reisen nur aus einem Grund nicht aus: es gibt keine Mittel zur Ausreise und kein Wohin. Bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 12.000 Rubel (Stand:

---

<sup>94</sup> Relativ niedrig (6-11%) war laut Umfrage die Emigrationsbereitschaft in den baltischen Republiken, in der Ukraine, Kasachstan und Tatarstan; zwischen 20 und 30% lag sie Jakutien, Moldova, Kirgistan, Aserbaidschan, Usbekistan, Turkmenistan und Tuva; am höchsten war sie in Tadschikistan (36%) und Tschetscheno-Inguschien (37%). Siehe Lev Gudkov, *The Structure and Character of Migration of Russians from the Former Republics of the USSR*, in: *The New Russian Diaspora*, a.a.O., S. 175.

<sup>95</sup> NG, 4.11.1993, S. 2.

<sup>96</sup> NG, 16.8.1996, S. 3.

<sup>97</sup> Oleg Panfilov, *Russkim echat' nekuda i ne na čto*, NG, 27.4.1994.

<sup>98</sup> Gul'nara Chasanova, in: *Izvestija*, 6.5.1994.

1994) kostet der Umzugscontainer bereits eine halbe Million. In Tadschikistan gibt es die preiswertesten Wohnungen. Dennoch finden sich dafür keine Käufer. Dabei wird die Lebensfähigkeit der Republik ausschließlich durch russische Kredite aufrechterhalten".<sup>99</sup>

Im Juli 1995 wertete Präsident Rahmonow die Rückkehr von 7800 russischen Flüchtlingen nach Tadschikistan als ein Zeichen für die Stabilisierung des Landes.<sup>100</sup> Doch von einer Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse konnte in den darauf folgenden Jahren nicht die Rede sein, wenn auch der Auswanderungsstrom aufgrund von Auszehrung etwas nachließ. Im Sommer 1995 teilte das World Food Programme mit, Tadschikistan drohe eine Hungersnot, von der etwa 400.000 Menschen akut bedroht seien. 620.000 Menschen seien von der Hilfe des WFP abhängig.<sup>101</sup> In der von den zentralen Landesteilen isolierten und autonomen Region Berg-Badachschan führte die Agha-Khan-Stiftung unter der dortigen ismailitischen Bevölkerung analoge Hilfsprogramme durch.

Erst seit Ende 1996 keimte mit der Intensivierung regionaler (Rußland, Iran, Usbekistan) und internationaler Bemühungen (UNO) um Schlichtung zwischen den Hauptkonfliktparteien, der Regierung und der Vereinigten Opposition, und mit dem Abschluß militärischer und politischer Abkommen zwischen den Kontrahenten die Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft. Die Hoffnung wird aber dadurch getrübt, daß das Vertragswerk nur die beiden größten Konfliktparteien einbezieht und maßgebliche regionale Akteure und Seilschaften wie die von Leninabad übergeht. Es wird damit der komplizierten Konfliktlandschaft des Landes nicht gerecht. Zu den schwierigsten Mechanismen für die Konfliktregelung gehört die Rückführung der tadschikischen Flüchtlinge aus Afghanistan und die Integration der bewaffneten Oppositionskräfte in die nationale Armee. Im Sommer 1997 begann das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit der Rückführung von 22.300 noch in Nordafghanistan verbliebenen tadschikischen Flüchtlingen. Seit 1992 sollen etwa 42.000 tadschikische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt sein.

---

<sup>99</sup> Ebenda; siehe auch: Kak izgonjajut "nevernych", in: Rossijskie vesti, 10.2.1994; Russkij vopros: vzgljad iz Tadžikistana, in: Obščaja gazeta, 4/1994, S. 2.

<sup>100</sup> ITAR-TASS (World Service), 11.7.1994 (SWB SU /2354 G/2, 13 July 1995).

<sup>101</sup> Süddeutsche Zeitung, 30.3.1996.



**Uwe Halbach**

## **Emigration from Central Asia**

Bericht des BIOst Nr. 44/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

During 1996 migration within the CIS became the focus of greater international public attention, even though in some cases the population movements concerned had already passed their peak. An international conference on refugees and migration in the CIS held in Geneva in May 1996 – the largest conference devoted to this subject to date – made public some key data on the various categories of migration and migrants. While migration from the various parts of the former USSR to Central and Western Europe turned out to be less than originally anticipated, the figures for migration *within* the CIS revealed population movements of historic dimensions. Given that they stem from unreliable sources, are imprecisely defined and are based on incomplete records of refugees and migrants, these figures should be treated with some caution. Nevertheless, according to the figures published by the Geneva Conference, a total of 9 million people migrated involuntarily within the CIS during the 1990s, most of them crossing the new, post-Soviet state borders. The strongest migration current was from south to north, mainly from the Central Asian and Caucasus regions to Russia, which has become the chief recipient of migrating populations.

The following report analyses the background to migration in and from Central Asia. Refugees and migration from the Caucasus will form the subject of a later report. Alongside the findings of the Geneva Conference the report draws on recent migration analyses and public opinion polls. Since very few studies have been undertaken in the Central Asian states themselves, the author has had to rely mainly on Russian sources, which may give a rather one-sided impression.

#### *Findings*

1. One of the strongest migration currents within the CIS has been the emigration of so-called "Russian-speakers" from Central Asia, which began back in the 1970s. With the exception of refugees fleeing the civil war in Tajikistan, this migration has generally taken place over an extended period of time and under relatively peaceful circumstances, although the rate of emigration increased significantly in the wake of the socio-economic and ethno-political changes that followed the collapse of the Soviet Union. In this respect Central Asia differs from the Caucasus. Whereas in Central Asia economic factors and the socio-economic crises of the transformation period are regarded as pri-

marily responsible for the increase in emigration, Russian sources tend to attribute the exodus of Russians and "Russian-speakers" mainly to ethno-political pressures. Of course, this is not the only migration current in Central Asia. There have also been not very well documented movements from the countryside to the cities as well as other kinds of migration among the "autochthonous" population.

2. A study of the motives for emigration of Russian-speakers from Kazakhstan, Kyrgyzstan and Uzbekistan commissioned by the Russian migration service in 1994-1995 revealed a number of common factors that were responsible for migration from all three countries and others that were more country-specific. While at the beginning of the 1990s fear of interethnic conflicts was a primary motive, later on other factors had a greater role to play. The particularly low level of linguistic and social integration of "Russian-speakers" in Kazakhstan and Central Asia into the society and culture of the titular nation formed the background for a growing feeling of marginalisation and alienation. This was compounded by the geopolitical separation of the region from Russia following the disintegration of the transnational (or imperial) Soviet state entity. In this emotionally-charged context the problem of migration began to have implications for such ethnic issues as language and dual citizenship policy, which were now shaped in accordance with the migration policy adopted and correctives to it, such as Kyrgyz President Akaev's decree on migration of summer 1994. Alleged ethnic discrimination on the labour and housing markets, a decrease in political representation of the non-titular members of the population in the local and republican parliaments and the constraints and sacrifices endured by all sectors of the population in the course of economic transformation all contributed to individual decisions to emigrate.
3. On account of its ethnic composition, its large Russian-speaking population and its eventful history of migration during the Soviet period, *Kazakhstan* formed a key element in migration prognoses. Even in 1994, when Russian emigration from Kazakhstan reached its peak, the Russian population of Kazakhstan had declined only slightly, whereas the size of the German minority decreased by more than two-thirds during the 1990s. The heavy concentration of Russians and Russian-speakers in the northern part of the country indicates that there may be alternatives to emigration. By modifying its ethnic policy in the summer of 1994, the government of *Kyrgyzstan* apparently managed to stem the dramatic increase in emigration that had taken place prior to this date. In the long-term the majority of Russian-speakers are expected to emigrate from the main territory of Central Asia – *Uzbekistan*, *Turkmenistan* and *Tajikistan* – where the proportion of the non-autochthonous population is much smaller than in Kazakhstan and Kyrgyzstan, thus making its cultural, political and social marginalisation all the more likely.